

koopBLATT N° 1

MAGAZIN FÜR INTEGRIERTE STADTENTWICKLUNG

PRINZIP GOVERNANCE

Die Stadt als Steuermann, der die Richtung vorgibt, dabei aber Impulse von Marktakteuren und Zivilgesellschaft aufgreift. Der versucht, für die oft widerstreitenden Logiken einen gemeinsamen Kurs zu finden. Die Akteure von koopstadt haben den Alltag der Stadtentwicklung in Bremen, Leipzig und Nürnberg zum Leuchtturm erklärt und tauschen sich darüber aus. Das kann als neue Form von Governance verstanden werden.

koopstadt
STADTENTWICKLUNG
BREMEN, LEIPZIG, NÜRNBERG


NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

IMPRESSUM

Herausgeber
Freie Hansestadt Bremen
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Stadt Leipzig
Dezernat Stadtentwicklung und Bau
Stadt Nürnberg
Wirtschaftsreferat

Koordinierende Geschäftsstelle
www.koopstadt.de
info@koopstadt.de

Redaktion
Dr. Stefan Bege, Antje Heuer, Christina Kahl,
Andreas Paul, Ruth Rabenberg,
Prof. Stefan Rettich, Prof. Dr. Iris Reuther,
Detlef Schobeß, Dr. Arne Sünemann

Inhalt und Konzept
KARO* architekten –
Antje Heuer, Stefan Rettich und
Büro für urbane Projekte –
Iris Reuther, Andreas Paul

Text
Antje Heuer, Stefan Rettich, Iris Reuther

Grafische Gestaltung
Timo Grimberg ARC
Infografik
Andreas Paul
Projekticons
Daniela Weirich

Fotos
PHOTOGRAPHIEDEPOT
Frank-Heinrich Müller

mit Ausnahme der Fotos

Seite 1: Stefan Bege; Seite 20 (1):
Udo Pankrätius, Umweltamt Nürnberg;
Seite 20 (2): Susanne Reiche, Umweltamt
Nürnberg; Seite 26 (1): Peter Meyer; Seite 27:
Ralph Baumheier; Seite 44 (8), (9), (12):
Büro für urbane Projekte

Redaktionsschluss
September 2011

Druck
DS Druck-Strom GmbH
Auflage 2.500

—
Im Text verwendete generische Maskulina
beziehen sich grundsätzlich auf männliche
und weibliche Personen. Herausgeber und
Redaktion bekennen sich ausdrücklich zur
Gleichwertigkeit von Mann und Frau.

—
»koopstadt – Stadtentwicklung Bremen,
Leipzig, Nürnberg« ist ein Pilotprojekt im
Rahmen der »Nationalen Stadtentwicklungs-
politik« des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt
für Bauwesen und Raumordnung (BBR) des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung (BMVBS).

EDITORIAL

>>> Mit dem Magazin koopBLATT wollen wir, die drei Städte im Gemeinschaftsvorhaben koopstadt, Ihnen von den Leuchttürmen des Alltags und vom Austausch der Projektpro-
tagonisten in Bremen, Leipzig und Nürnberg erzählen. Die erste Ausgabe greift dabei
das Thema »Governance« auf. Nach einer Positionsbestimmung im Dialog mit den fünf
»Kuratoren auf Zeit« stellen wir unsere städteübergreifende Arbeitsweise und das Leben
in den Projektfamilien vor. Die Reportagen und Porträts zeigen, dass es bei koopstadt
um eine ressortübergreifende Arbeit geht, um den Austausch und das Vermitteln von Er-
fahrungen sowie um Kommunikation und Beteiligung. Und um das Zusammenwirken von
Partnern, die eine gemeinsame Sache verbindet.

Die drei Städte sehen sich ganz im Sinne der Leipzig-Charta der Stärkung der europä-
ischen Stadt verpflichtet: als eines kompakten, gemischten, vielfältigen und lebendigen
Organismus, orientiert an einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, mit besonderer Auf-
merksamkeit für benachteiligte Stadtquartiere. So haben sich die Städte 2007 mit einer
Initiative im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bis 2015 auf den gemein-
samen Weg gemacht.

Kommuniziert und intensiv miteinander gearbeitet wird mittlerweile auf vielen Ebenen:
Die aus allen drei Verwaltungen zusammengesetzte koopstadt-Gruppe sowie die Projekt-
akteure aus den Städten treffen sich zu gemeinsamen Workshops. Stadträte aller drei
Kommunen kommen im September 2011 bereits das dritte Mal zusammen. Die Universitä-
ten und Hochschulen kooperieren zum Thema Stadtentwicklung im Rahmen studentischer
Projekte, und auch die großen kommunalen Wohnungsbauunternehmen sind in einen
Austausch getreten.

Mit diesem Magazin bleiben wir uns treu und probieren mutig Neues.
Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre – Bühne frei für koopBLATT!

Franz-Josef Höing
Senatsbaudirektor der Freien Hansestadt Bremen

Martin zur Nedden
Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig

Dr. Michael Fraas
Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg



—
(v. l.)
Franz-Josef Höing
Dr. Michael Fraas
Martin zur Nedden

INHALT

EDITORIAL	1
T THEMA DIE STADT ALS STEUERMANN	4
KURATORIUM AUF ZEIT	6
T THEMA GOVERNANCE IST KEINE THEORIE, SONDERN EINE PERSPEKTIVE Interview mit Elisabeth Merk und Klaus Selle	7
SCHAUPLATZ STADT. EINFÜHRUNG	10
Das 3 × 1 der Stadtentwicklung	
STÄDTENETZWERK Bremen – Leipzig – Nürnberg	11
DIE PROJEKTFAMILIEN. Übersicht	12
WASSER-REGION	13
STADT IST REGION	14
BILDUNG IM QUARTIER	15
R REPORTAGE ALLES FLIESST. Nutzungskonzepte und produktive Kooperationen	16
R REPORTAGE BEIM EINZELHANDEL MUSS DIE FREUNDSCHAFT NICHT AUFHÖREN. Regionalentwicklung als politisches Feld	22
WORKSHOP BREMEN	28
R REPORTAGE UNSERER KINDER WEGEN. Bildungslandschaften im Wachsen	30
T THEMA MAN MUSS GESELLSCHAFT MITNEHMEN Interview mit Thomas Olk	36
WORKSHOP NÜRNBERG	39
SCHAUPLATZ STADT	
BREMEN	41
LEIPZIG	42
NÜRNBERG	43
KOOPKÖPFE	44



T

THEMA
GOVERNANCE

Versuch der Steuerung
von Governance-Ansätzen:
Das Projekt koopstadt lebt von
seinen Workshops, vom
konkreten, gelebten Austausch
und dem Aufeinandertreffen
von authentischen Personen an
authentischen Orten.

T

THEMA GOVERNANCE

DIE STADT ALS STEUERMANN

>>> Warum schon wieder ein Anglizismus, möchte man fragen, gibt es denn wirklich keinen besseren Begriff als Governance? – Tatsächlich klingt »Steuerungs- und Regelungssystem einer politisch-gesellschaftlichen Einheit« etwas sperrig und technokratisch zugleich. Den durchaus sinnlich-sozialen Kern der Sache trifft diese deutsche Definition aus den Politikwissenschaften jedenfalls nicht. Denn im Falle der Stadtentwicklung geht es um nicht weniger als um die konkrete räumliche, wirtschaftliche und soziale Ausprägung unseres Demokratieverständnisses in Form von Städten. Dass dies nicht ohne die Voraussetzungen von Teilhabe, Partizipation und Transparenz der Entscheidungswege zu haben ist, liegt auf der Hand. Dem Prinzip Government, dem rein staatlich fokussierten Handeln durch Regieren, wird deshalb seit einiger Zeit auch in der Planungstheorie das Prinzip Governance als alternative Lenkungsform gegenübergestellt, das ein gemeinschaftliches Handeln von staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Augenhöhe verfolgt: Die Stadt als aktiver Steuermann, der die Richtung vorgibt, dabei aber Impulse der Marktakteure und der Zivilgesellschaft aufgreift und versucht, für die oft widerstreitenden Logiken einen gemeinsamen Kurs zu finden.

Komplett neu ist dieser Denkansatz nicht, wie Klaus Selle von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen im Interview betont. Städte wurden schon immer von der Summe der Handlungen all ihrer Akteure und Bewohner bestimmt und entwickelt. Für Klaus Selle ist Governance deshalb ganz einfach »Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe«. Habe man sich einmal für diese Perspektive entschieden und laufe mit der »Governance-Brille« durch unsere Städte, werde die Vielzahl der Akteure augenscheinlich, für deren Zusammenwirken es der Steuerung bedarf.

Gerade in unserer komplexer gewordenen Welt seien auch komplexere Formen der Auseinandersetzung nötig, ist sich Münchens Stadtbaurätin Elisabeth Merk sicher. Das gelte besonders für die großen Querschnittsaufgaben wie den Klimawandel, die ökonomische Zukunftsfähigkeit unserer Städte und damit verbunden für die positive Steuerung der sozialen Frage. In München wurde beispielsweise schon vor Jahren die »Sozialgerechte Bodennutzung« (SoBoN) durch den Stadtrat beschlossen. Sie sieht vor, dass bis zu zwei Dritteln der Wertschöpfung aus privaten Investments in den öffentlichen Raum und in den Bau von sozialer Infrastruktur reinvestiert werden müssen. Dass dieses Unternehmen Früchte trägt, und von allen Marktakteuren mitgetragen wird, ist das Ergebnis einer seit langem praktizierten Konsenskultur. Für Elisabeth Merk ist Kommunikation und die Überzeugung der Marktakteure durch stichhaltige Argumente deshalb ein zentraler Baustein moderner Stadtentwicklung »Marke München«.

Eine Voraussetzung für diese Form der Planung ist die Überwindung des sektoralen Denkens und Handelns in Politik und Verwaltung. Die drei Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg versuchen dies durch einen integrierten Ansatz, jede für sich und jede auf die ihr eigene Art. In Bremen hat man das Leitbild der Stadtentwicklung 2020 mit der Aufforderung »Komm mit nach Morgen« entwickelt, das aus einem komplexen Beteiligungsprozess hervorgegangen ist. Leipzig hat ein »Integriertes Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020« erarbeitet, das seit 2009 in einer integrativen Stadtteilentwicklung umgesetzt wird. In Nürnberg geht man den umgekehrten Weg, erarbeitet gerade referats- und ämterübergreifend integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte, die später in das integrierte Stadtentwicklungskonzept für die Gesamtstadt münden werden. Das allein ist schon die hohe Schule der Governance, Planwerke mit strategischen Schwerpunkten zu schaffen, an denen ressortübergreifend mit den unterschiedlichsten Akteuren interdisziplinär gearbeitet wird, in verschiedenen städtischen Maßstäben von der Parzelle über das Quartier bis hin zur Region. Bei der Europäischen Kommission, im Departement Regional Policy nennt man dies »multiscalar governance« und will diese Form der Planung künftig zur Grundlage der Förderpolitik machen.

Aber das war den drei Halbmillionenstädten nicht genug. Im Jahr 2007 haben sie eine Initiative zur Kooperation und zum Austausch über strategische Fragen ihrer integrierten Stadtentwicklung gestartet. Das war der Beginn von koopstadt als Pilotprojekt der »Nationalen Stadtentwicklungspolitik«. Seitdem schauen sich die drei Städte gegenseitig in die Karten und haben für ihre unterschiedlichen Ansätze und Planwerke einen gemeinsamen, übergeordneten Rahmen aus Themenfeldern, Projektfamilien und konkreten strategischen Projekten geschaffen, auf dessen Basis ein strukturierter und fundierter Austausch möglich ist. Mehrmals im Jahr trifft man sich zu Workshops in einer der drei Städte, diskutiert Herausforderungen, Methoden, strategische Ansätze und deren Anwendung an Hand von konkreten, ausgewählten Projekten. Natürlich immer zusammen mit örtlichen Akteuren, die aus vielen gesellschaftlichen Bereichen stammen. Auch Lokalpolitiker der Städte tauschen ihre Erfahrungen bei gemeinsamen Treffen aus, um sich von der direkten Diskussion inspirieren zu lassen und im Anschluss als Botschafter im heimischen Stadtparlament zu berichten, Projekte auszuloten und anzustoßen. Nicht zuletzt

wird einmal im Jahr ein Kuratorium mit bundesweit bekannten Experten der Stadtentwicklung einberufen, die den Arbeitsstand querbürsten, dem Prozess neue Impulse verleihen und ihn mit ihrem Erfahrungsschatz anreichern.

koopstadt kann auch als der Versuch zur Steuerung von Governance-Ansätzen durch Austausch bezeichnet werden, ist also Governance hoch drei oder wie die Städte selbstbewusst sagen: »Das 3 x 1 der Integrierten Stadtentwicklung«. Bei aller Strategie lebt das Vorhaben aber von seinen Workshops, vom konkreten, gelebten Austausch, den lokalen Projekten und dem Aufeinandertreffen von »authentischen Personen« an »authentischen Orten«.

Zum Beispiel letzten Mai in Bremen, mitten auf dem Land, auf Gut Varrel. Der Ort eignete sich gut, um die These »Stadt ist Region« zu diskutieren, denn die historisch ländliche Anlage befindet sich unweit eines neuen Einkaufszentrums auf der grünen Wiese. Damit solche Entwicklungen die Ausnahme bleiben, bringen Bremen und seine Nachbargemeinden gerade ein Regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept auf den Weg. Das ist hilfreich und notwendig, denn die Region Bremen ist per se administratives Grenzland: zwei Bundesländer, in Niedersachsen fünf Landkreise und eine kreisfreie Stadt stoßen hier aneinander.

Ausgehandelt wurde das Konzept in einem Kommunalverbund, der im Übrigen ein Verein ist. Weichere Modelle der Steuerung eignen sich offenbar für manche Formen der Kooperation besser oder befördern sie rascher. Ein Beispiel, von dem die anderen Workshopteilnehmer profitieren konnten. Denn nicht nur in der Region Bremen ist eine regionale Steuerung des Einzelhandels erforderlich. Es gibt kaum eine Stadt-Umland-Konstellation in Deutschland, die diese Frage bisher dauerhaft einvernehmlich klären konnte.

Ein positiver besetztes und dadurch einfacheres regionales Thema ist das Wasser, denn das kümmert sich nicht um administrative Grenzen. Es fließt von A nach B und zwingt die regionalen Anrainer damit automatisch an einen Tisch und zur Kooperation. In Bremen gilt es, Ökologie und Wirtschaft an der Weser miteinander zu vereinbaren. Dafür wurde der Integrierte Bewirtschaftungsplan Weser erarbeitet. In Leipzig ist mit dem Leipziger Neuseenland eine ausgedehnte Seenlandschaft im Entstehen, die dem Braunkohlebergbau nachfolgt und touristisch vermarktet werden soll. In einem breiten Beteiligungsprozess wurde das »Wassertouristische Nutzungskonzept Region Leipzig« auf den Weg gebracht. Die Stadt Nürnberg möchte ihre Flüsse, Bäche, Quellen und Seen fühlbarer, erlebbarer machen, etwas herausheben aus dem manchmal engen Korsett der betonierten Flussläufe in der Innenstadt. Dies sind verschiedene Themen, und dennoch ähneln sich manche Problemlagen und lohnt sich ein Austausch darüber.

Genauso auf der Ebene der lokalen Bildungspolitik in den drei Städten. In der heutigen Wissensgesellschaft ist Bildung vermutlich das zentrale Querschnittsthema, denn gute Bildungspolitik ist gleichermaßen Grundlage für Integration und für ökonomische Zukunftsfähigkeit in einem. Das gilt besonders für sozial benachteiligte Stadtteile wie etwa Huchting und Gröpelingen in Bremen. In den beiden Quartieren werden Integrationsaufgaben mittlerweile als gesamtstädtische Zukunftsfragen verhandelt, denn schließlich werden in den beiden Stadtteilen die meisten Kinder geboren. Bremen reagiert darauf mit Quartiersbildungszentren, die als zentrale Schnittstelle die Aktivitäten verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Bildungseinrichtungen im Stadtteil koordinieren und bündeln. Vergleichbare Konzepte verfolgen die anderen beiden Städte im Nürnberger Westen und im Leipziger Osten. Ein neues Bildungsmanagement ist auch hier Basis und Schnittstelle der integrierten Stadtentwicklung. Seit dem PISA-Schock hat sich in der Bildungslandschaft der Kommunen ohnehin einiges getan, das der Stadtentwicklung insgesamt zu Gute kommt, weiß Thomas Olk von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im Interview erläutert er »Educational Governance«, berichtet von der wachsenden kollektiven Erkenntnis, dass nicht nur Schule Bildung betreibt, und von seiner vergleichenden Studie zur lokalen Bildungspolitik, die er mit seinem Team in sechs deutschen Städten durchführt.

koopstadt wurde von den Stadtoberhäuptern der drei Städte initiiert. Das spricht für ein ausgeprägtes Bewusstsein in Bezug auf die Bedeutung der integrierten Stadtentwicklung in der jeweiligen Stadtpolitik. Das ist heute durchaus noch kein Allgemeingut, denn nicht alle Städte folgen dieser Logik selbstverständlich. So stellt schon der Sozialwissenschaftler Karsten Zimmermann fest: »Wer die Frage nach der Eigenlogik stellt, interessiert sich in erster Linie für die Performanz lokaler Politik angesichts sich stetig wandelnder Herausforderungen, die für die Städte durchaus gleich sein mögen. Warum aber ist eine Stadt in der Lage, ein Problem besser, früher oder umfassender zu adressieren als eine andere? Welche Kommune eröffnet häufiger Möglichkeiten der direktdemokratischen Einflussnahme durch die Bürger und warum? Weitreichender als der abweichende Umgang mit identischen Problemen ist die Frage, warum bestimmte Problemstellungen in manchen Städten gar nicht erst als ein Problem wahrgenommen, sondern ignoriert oder in Routineaufgaben umgedeutet werden.«

Nein, in Bremen, Leipzig und Nürnberg ist der Alltag alles andere als eine Routineaufgabe. Man hat den Alltag mit koopstadt zum Leuchtturm erhoben und tauscht sich darüber aus, das ist tatsächlich neu und eine Form der Governance, die Schule machen könnte. sr

KURATORIUM AUF ZEIT

> > > Das fünfköpfige **Kuratorium auf Zeit** ist ein kritischer Begleiter von koopstadt. In offenen Gesprächen mit den für Stadtentwicklung Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung leistet es Supervision für die Projektpartner. Die Kuratorinnen und Kuratoren geben fachlichen und wissenschaftlichen Rat, schärfen Argumente und liefern Stichworte. Sie fragen nach der Relevanz übergreifender koopstadt-Themen und nach vermittelbaren Erkenntnissen. Damit geben sie dem gemeinsamen Arbeitsprozess wichtige Impulse und stellen die Außensicht her.



— Kuratorium auf Zeit: (v. l.)

> Sabine Süß
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Schader-Stiftung

»Der direkte Erfahrungsaustausch ist das Geniale. Um Menschen in ihrer Motivation und Kompetenz zu stärken, brauchen sie den Austausch und die Überprüfung ihrer Erfahrungen auf der eigenen Ebene.«

> Ullrich Hellweg
Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH

»Der interne Erkenntnisgewinn von koopstadt ist eindrücklich. Nun gilt es, mit solider Planungs- und Entwicklungsarbeit ein strategisches Gerüst zu entwickeln, in dem die »großen Themen« in den Prozessen und Projekten zum Tragen kommen.«

> Prof. Dr. Elisabeth Merk
Stadtbaurätin der Landeshauptstadt
München

»Mir gefallen die Haltung und der konsequente Fokus auf die Normalität und Praxis der Stadtentwicklung. Gegenstand von koopstadt sind nicht die großen Masterpläne, sondern das Alltagsgeschäft einer Stadt mit ihrer Stadtpolitik, ihrer Verwaltung und ihren Bürgern. Das kann ich in meiner Stadt ebenfalls gut gebrauchen.«

> Prof. Dr. Klaus Selle
RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie
und Stadtplanung.

»koopstadt ist geprägt vom Prinzip »Peer to Peer«. In deutscher Übertragung könnte man auch von »kollegialer Beratung« sprechen: Fachleute, die Stadtentwicklung tagtäglich machen, reden miteinander, tauschen Erfahrungen aus und generieren gemeinsame Erkenntnisse. Weder ihre Inhalte noch ihre Gegenstände, Ressourcen und Praktiken sind ein Ausnahmezustand, sondern im wahrsten Sinne des Wortes Normalfälle von Stadtentwicklung. Dieser Austausch, diese Lernprozesse sind ungemein anregend – wohl die beste Form überhaupt, um über Stadtentwicklung zu sprechen.«

> Prof. Elke Pahl-Weber
Technische Universität Berlin,
Institut für Stadt- und Regionalplanung.
Bis September 2011:
(ständiger Gast im Kuratorium)
Direktorin des Bundesinstituts für Bau,
Stadt- und Regionalforschung.

»Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklung ist koopstadt ein vergleichsweise großes Projekt und muss deshalb hohen Ansprüchen genügen. Das betrifft die Wahl der Themen ebenso wie den Erkenntniszuwachs und den Ertrag an konkreten Ergebnissen.«

> > > In der integrierten Stadtentwicklung ist Governance heute als alternativer Weg zur Steuerung komplexer Aufgaben in aller Munde. Gleichzeitig ist der Begriff schwer zu fassen. koopBLATT hat zwei Kuratoriumsmitglieder des Projekts koopstadt, Elisabeth Merk und Klaus Selle, als Experten aus den Bereichen Theorie und Praxis befragt.

koopBLATT Frau Merk, Governance ist ein sperriger Fachbegriff. Haben Sie in ihrem Alltag als Stadtbaurätin von München einen Weg gefunden, den komplexen Ansatz allgemeinverständlich zu vermitteln?

Elisabeth Merk In der Praxis nutze ich den Begriff tatsächlich nicht. Im Alltagsjargon würde ich eher sagen, es geht darum, zuerst zuzuhören und dann zu steuern. Es gibt in jeder Stadt so etwas wie eine innere Befindlichkeit, die gilt es herauszufinden und dann weiß man auch, was einer Stadt gut tut und wie man sich ihrer Bürger annehmen kann. Dafür braucht es eine Diskussionskultur jenseits der klassischen baurechtlichen Beteiligungsverfahren. Wir haben in München eine Reihe von Runden Tischen etabliert, beispielsweise mit der Immobilienwirtschaft oder den Naturschutzverbänden. Da treffen wir uns etwa zweimal im Jahr und tauschen uns ganz zwanglos darüber aus, was die jeweilige Partei gerade umtreibt. Diese lockeren Formen des Austauschs haben in München Tradition. Auf bürgerschaftlicher Seite gibt es zum Beispiel das Münchner Forum. Das wurde in den 1970er Jahren als Reaktion und Kritik der Bürgerschaft auf die damals umfassenden städtischen Veränderungen gegründet. Heute ist das eine feste Institution mit eigener Geschäftsstelle, die die Interessen der Bürgerschaft und der Fachöffentlichkeit bündelt, Veranstaltungen und dergleichen organisiert. Finanziert wird das Münchner Forum übrigens von der Stadt.

kB Herr Selle, gibt es in der Planungstheorie eine einfache, griffige Formel, die den Begriff Governance auf den Punkt bringt?

Klaus Selle Im UN-Bericht »Our Global Neighborhood« ist Governance so definiert worden: »Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. [...] Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart [...] werden.« Auf die Städte übertragen heißt Governance für uns ganz einfach Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe. Auf die Frage, von wem die Städte entwickelt werden, gibt es aus der Governance-Perspektive eine einfache Antwort: Von allen. Gerd Albers hat das schon vor vielen Jahren auf die einfache Formel gebracht: »Stadtentwicklung ist der Niederschlag vieler unterschiedlicher Bemühungen über lange Zeiträume«. In diesem Geflecht der Akteure und ihrer Bezüge untereinander handlungsfähig zu bleiben – das ist Governance, das ist die Gestaltung von Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe.

kB Was ist eigentlich neu daran, Städte wurden doch schon immer im Zusammenspiel sowie in der Auseinandersetzung mehrerer Parteien geplant und entwickelt?

KS Sie haben völlig Recht. Die Politik- und Planungswissenschaften haben nur eine Zeit lang wie gebannt allein auf das Handeln des Staates und der Kommunen geschaut und die vielen anderen Einflussfaktoren und Akteure außer acht gelassen. Das hat sich glücklicherweise nachhaltig geändert. Weil also die Sache selbst nicht neu ist, sondern die Art sie zu betrachten, spricht man auch von »Governance-Perspektive«.

EM Dadurch, dass die Welt komplexer geworden ist, sind auch die Notwendigkeiten der Auseinandersetzung komplexer geworden. Wir sind heute in einer zweiten Phase der Bürgerbeteiligung angekommen. Die 1968er haben Partizipation erstritten, in den 1970ern und 1980ern wurde sie standardisiert und institutionalisiert und heute ist sie eben zu stark formalisiert oder in manchen Belangen schlicht nicht mehr verständlich. Bei manchen Projekten haben wir heute mehrere Kartons Aktenordner mit juristischen Dokumenten, die es auszuwerten und abzuwägen gilt. Wie will sich da ein Bürger zurechtfinden und seine Meinung einbringen. Das ist eine neue Herausforderung für die Verwaltungen, wie man diese Komplexität kommunizieren und allgemein verständlich übersetzen kann.

kB Weshalb spielen diese komplexen Steuerungsmodelle heute eine so wichtige Rolle bei der Bewältigung von Zukunftsaufgaben?

KS Versuchen Sie sich einmal an einem schlichten Redewort in der Stadt: Sie haben es gleich mit vielen Akteuren zu tun. Ich denke da noch gar nicht an die Bürger, sondern an die Akteure der Märkte. Und an die der öffentlichen Sphäre – denn auch hier gibt es viele einzelne Akteure, die jeweils ihren Logiken folgen. Weder der Staat noch die Kommune können in den

I

INTERVIEW

GOVERNANCE IST KEINE THEORIE SONDERN EINE PERSPEKTIVE



> Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, 47, hat Architektur studiert und in Florenz promoviert. 2005–2007 war sie Professorin für Städtebau/Stadtplanung an der Hochschule für Technik Stuttgart und ist dort seit 2009 Honorarprofessorin. Vor ihrer aktuellen Tätigkeit als Stadtbaurätin von München war sie in leitenden Funktionen verschiedener Planungsämter tätig – unter anderem als Leiterin der Stadtentwicklung und Stadtplanung in Halle (Saale) von 2000–2006. Elisabeth Merk wirkt in Ausschüssen des Deutschen und des Bayrischen Städtetags mit, ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, im Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie im UNESCO Network conservation of modern architecture and integrated territorial urban conservation.



> Prof. Dr. Klaus Selle, 61, hat Stadtplanung studiert und war an den Hochschulen in Dortmund und Hannover tätig, bevor er 2001 den Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen übernahm. Neben der Arbeit in Forschung und Lehre ist Klaus Selle seit seinem Studium auch in der Praxis tätig – unter anderem als Berater von Bürgerinitiativen, als Mitgründer des Bürgerbüros Stadtentwicklung Hannover und als Mitgestalter kommunikativer Planungsprozesse in zahlreichen Kommunen.

zentralen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung allein agieren. Ob es nun um Mobilität geht oder die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestandes, um Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung oder die Stabilisierung von Quartieren – immer müssen viele Akteure mitwirken.

EM Ich kann das nur bestätigen. In München gibt es heute keine einfachen Projekte mehr. Die Grundstücke im Bestand, die heute noch unbebaut sind, weisen eine unglaublich komplexe Überlagerung von Interessenslagen und baurechtlichen Problemen auf. Damit sind Zielkonflikte vorprogrammiert. Es ist eine besondere Konsenskultur erforderlich, bei der die einzelnen Parteien verstehen lernen müssen, dass nicht alle Belange und Interessen in gleichem Maße berücksichtigt werden können, wenn man ein sinnvolles und gutes Ergebnis erzielen will.

KB Funktioniert die Theorie auch in der Praxis – gibt es ein Beispiel, das Sie für besonders gelungen halten?

KS Governance ist keine Theorie. Mit Governance wird vielmehr ein anderer Blick auf die Praxis bezeichnet. Wenn Sie einmal die Governance-Brille aufgesetzt haben und den Alltag der Städte, die Praxis der Stadtentwicklung aus dieser Perspektive betrachten, sehen Sie überall ein Gewusel von Akteuren. Insofern ist auch die Vorstellung irreführend, eine Stadtregierung zum Beispiel könne zwischen den Modi von Government und Governance wählen. Wenn Sie sich die Definition des UN-Berichts noch einmal vor Augen führen, dann sind zum Beispiel hoheitliche Akte, die man ja gemeinhin mit Government verbindet, Teil lokaler Governance.

EM Für München muss man zunächst das strategische Stadtentwicklungskonzept »Die Perspektive München« nennen, zu dem sich alle Akteure bekennen und das die Grundlage für eine Vielzahl an gelungenen Einzelprojekten bildet. Besonders interessant finde ich persönlich die »Sozialgerechte Bodennutzung« (SoBoN) in München, die besagt, dass bis zu zwei Dritteln der Wertschöpfung von privaten Investments in den Bau von öffentlichen Räumen und sozialer Infrastruktur reinvestiert werden müssen. Die SoBoN ist bereits seit 1994 in Kraft und wurde damals einstimmig vom Stadtrat beschlossen. Heute besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass dies die richtige Strategie zum Umgang mit der problematischen Wohnungsfrage in München ist. Übrigens steht auch die Immobilienwirtschaft voll dahinter.

KB Bedeutet das Umschwenken von Government auf Governance eigentlich eine Schwächung der öffentlichen Hand?

EM Ich sehe in meinen persönlichen Erfahrungen keine Schwächung. Für mich geht es um eine konkret gelebte Kommunikationskultur: Zuhören, aber klare Position beziehen. Ich glaube nicht, dass man mit einer harten Regierungsstruktur die Dinge hart durchsetzen und damit die Welt verbessern kann. Genauso wenig glaube ich, dass man mit einer ausufernden Beteiligungskultur, die auf alles Rücksicht nimmt, zu guten Ergebnissen kommt. Der richtige Weg liegt wohl in der Mitte.

KS Aus der Governance-Perspektive kann man den Eindruck gewinnen, dass kooperative Handlungsformen zugenommen haben. Allerdings täuscht das: Wer sich zum Beispiel die Stadtentwicklung des 19. Jahrhunderts anschaut, wird auch dort eine intensive Präsenz der Marktakteure in der Stadtentwicklung beobachten können. Es gab lediglich eine Phase in den 1960er und 1970er Jahren, in der die Planer den Eindruck hatten, es seien vor allem sie, die die Geschicke der Städte lenkten. Aber auch das war eine Täuschung. Kurzum: Es gibt in der Stadtentwicklung nur wenige Punkte, in denen man von einer Schwächung der öffentlichen

Hand sprechen könnte. Dazu gehört in Deutschland vor allem die mutwillige Zerstörung des Systems der Wohnungsgemeinnützigkeit. Zudem muss man »Schwäche« und »Stärke« ja an Aufgaben bemessen. Die öffentlichen Akteure haben heute in vielen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung neue Aufgaben übernommen. Dabei geht es um komplexe Sachverhalte wie lokale Klimapolitik. Das sind Aufgaben, die sich nur kooperativ bewältigen lassen.

KB Governance wird meist in Verbindung mit Planungskultur und neuen Beteiligungsformaten genannt. Wo sehen Sie hier die größten Potenziale?

KS Ich sehe nicht, dass wir in erster Linie neue Formate benötigen. Es gibt einen schier unerschöpflichen Methoden-Fundus für die Gestaltung kommunikativer und kooperativer Prozesse. Was sich allerdings ändern muss, sind Einstellungen und Rollenbilder vieler Akteure. Viele Fachleute haben zum Beispiel noch große Schwierigkeiten, ihre fachlichen Einzelstandpunkte in einen gemeinsamen Entwicklungsprozess einzubringen und dort zu verändern.

EM Aus meiner Sicht müssen Beteiligungsformen stärker auf die jeweilige Aufgabe zugeschnitten werden. Allerdings muss man sich auch die Grenzen von Beteiligung bewusst machen, es ist eben nicht alles verhandelbar. Die Frage ist doch, wo hat echte Beteiligungskultur eine Chance und wo gibt es Dinge, die man schlichtweg akzeptieren muss. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass Minderheiten, die großen Lärm schlagen, parlamentarisch getroffene Entscheidungen einfach vom Tisch wischen können. Es muss also auch darum gehen, gute Kommunikationsformen zu praktizieren, mit denen man Akzeptanz für ungeliebte Entscheidungen schaffen kann. Meine Erfahrung ist, wenn man offen und ehrlich diskutiert und die Grundlagen von Entscheidungen transparent kommuniziert, dann bietet man den Bürgern die Möglichkeit eines Perspektivenwechsels.

KB Frau Merk, Integration und Teilhabe sind zentrale Fragen der Stadtentwicklung. Welche Voraussetzungen sind dafür erforderlich?

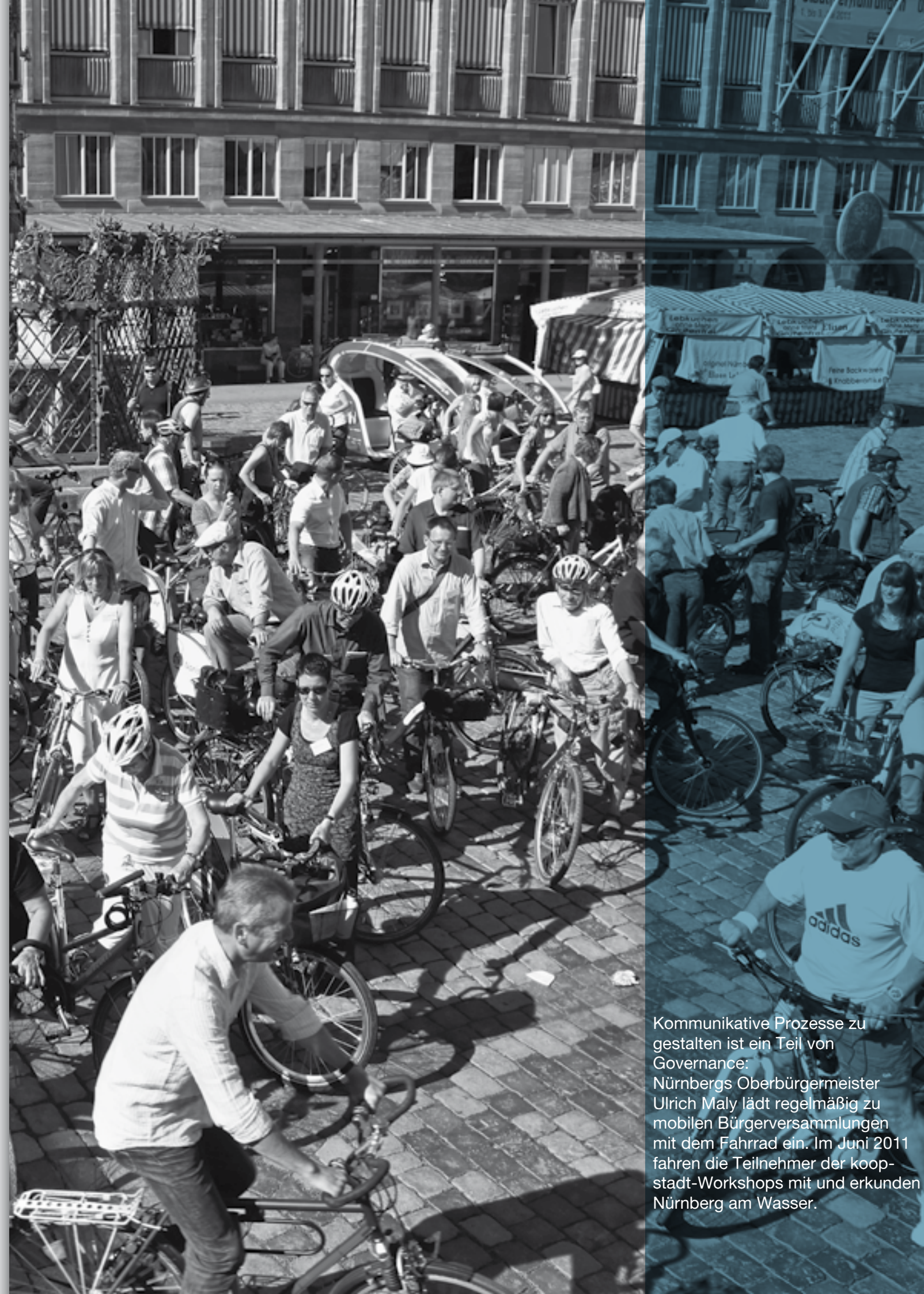
EM Generell geht es darum, zu den entscheidenden Fragen einen übergreifenden Konsens zu erreichen. In München ist das sicher der Umgang mit der Wohnungsfrage, und hier wurde kürzlich vom Stadtrat ein Beschluss gefasst, innerhalb von fünf Jahren 650 Millionen Euro an kommunalen Eigenmitteln für den geförderten Wohnungsbau bereitzustellen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Stadt gemischt und die Mitte der Gesellschaft in der Stadt bleibt.

KB Welchen Beitrag kann koopstadt aus Ihrer Sicht zur allgemeinen Diskussion um Governance-Modelle und integrierte Stadtentwicklung leisten?

KS Im koopstadt-Kontext wird an vielen praktischen Beispielen deutlich, was Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe heißen kann. Hier lassen sich – nicht theoretisch, sondern praktisch – Aufgaben diskutieren, Akteurskonstellationen analysieren, Stolpersteine identifizieren, Folgerungen ziehen. Das ist spannend und lehrreich.

EM Als Kollegin bin ich richtig neidisch geworden. Mir gefallen die Haltung und der konsequente Fokus auf die Normalität und die Praxis der Stadtentwicklung. Gegenstand von koopstadt sind nicht die großen Masterpläne, sondern das Alltagsgeschäft einer Stadt mit ihrer Stadtpolitik, ihrer Verwaltung und ihren Bürgern. Das kann ich in meiner Stadt ebenfalls gut gebrauchen.

—
Das Interview für koopBLATT führte Stefan Rettich.



Kommunikative Prozesse zu gestalten ist ein Teil von Governance: Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly lädt regelmäßig zu mobilen Bürgerversammlungen mit dem Fahrrad ein. Im Juni 2011 fahren die Teilnehmer der koopstadt-Workshops mit und erkunden Nürnberg am Wasser.

SCHAU PLATZ STADT EINFÜHRUNG

DAS 3 x 1 DER STADTENTWICKLUNG

>>> koopstadt ist ein Gemeinschaftsvorhaben der drei Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg. Kern des Projekts sind Austausch und Kommunikation zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung.

> **Die drei Städte interpretieren ihre Rolle und Perspektive** als Kernstädte europäischer Metropolregionen und im Zusammenhang ihrer jeweiligen Stadtregion aus ihren jeweiligen strukturellen und soziodemographischen Rahmenbedingungen heraus.

> **Sie praktizieren Integration** als fachübergreifenden konzeptionellen und räumlichen stadtentwicklungsplanerischen Ansatz. Sie verstehen Integration zugleich als Angebot einer kooperativen und partnerschaftlichen Kommune an ihre Bürger. Sie suchen Kooperation mit ihren Nachbarn.

> **Sie kultivieren strategische Projekte** als Lernfeld, Medium und Zielrichtung einer integrierten und integrativen Stadtentwicklung, die sie als Anschauungsbeispiel kommunizieren.

Diesem Anspruch folgt das Gemeinschaftsvorhaben koopstadt mit seinen Themenfeldern, Projektfamilien und Schlüsselprojekten, die jeweils in eine integrierte Stadtentwicklungsplanung und Umsetzungsstrategie von Bremen, Leipzig und Nürnberg eingebettet sind. Dabei gehen die drei Städte durchaus unterschiedliche Wege.

Alle drei Städte nutzen koopstadt als städteübergreifend angelegte Austauschplattform und zugleich für ihre eigenen Stadtentwicklungsprozesse. koopstadt fungiert dabei als unterstützendes Medium, das Kommunikation befördert und vor allem Prozesse anstößt oder beschleunigt. koopstadt gibt Raum für das Lernen neuer Methoden sowie das Experimentieren bei der Beteiligung von Partnern und Bürgern. ir

BREMEN

> Einwohner: 547.188 (März 2011) Sitz der Landesregierung im Zwei-Städte-Staat »Freie Hansestadt Bremen«	> Arbeitslosenquote: 11,3 % (Juli 2010) > Hochschulen: Insgesamt 28.747 Studierende (WS 2010/11), Universität Bremen, Jacobs University Bremen, Hochschule Bremen, Hochschule für Künste Bremen, Hochschule für öffentliche Verwaltung, Apollon Hochschule für Gesundheitswirtschaft	> Regionale Kooperationen: Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V., Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten e. V., Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (ZVBV)
> Wichtige Wirtschaftszweige: Maritime Industrien, Fahrzeugbau, Luft- und Raumfahrt, Logistik, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Windenergie, Forschung und unternehmensnahe Dienstleistungen		

LEIPZIG

> Einwohner: 522.883 (Dez. 2010) zweitgrößte Stadt im Freistaat Sachsen	> Arbeitslosenquote: 13,1 % (Juni 2011) > Hochschulen: Insgesamt 36.892 Studierende (WS 2010/11), Universität Leipzig, Hochschule für Graphik und Buchkunst, Hochschule für Musik und Theater »Felix Mendelssohn Bartholdy«, Handelshochschule Leipzig, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, Hochschule für Telekommunikation	> Regionale Kooperationen: Metropolregion Mitteldeutschland, Regionaler Planungsverband Westsachsen, Grüner Ring Leipzig, Kommunales Forum Südraum Leipzig, Zweckverband Neue Harth, Via Regia Plus, Regionalmanagement Leipzig – Westsachsen, Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland, Raumordnungskommission Halle-Leipzig
> Wichtige Wirtschaftszweige: Messe- und Kongresswesen, Logistik, Automobil- und Zulieferindustrie, Medien- und Kommunikationstechnik/IT, Gesundheit/Biotechnologie, Querschnittstechnologien/Dienstleistungen		

NÜRNBERG

> Einwohner: 506.100 (März 2011) zweitgrößte Stadt im Freistaat Bayern	> Arbeitslosenquote: 7,7 % (Juli 2011) > Hochschulen: Insgesamt 17.200 Studierende (WS 2010/11), Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Georg-Simon-Ohm-Hochschule, Akademie der Bildenden Künste, Evangelische Fachhochschule, Hochschule für Musik	> Regionale Kooperationen: Metropolregion Nürnberg, Lernende Region Nürnberg-Fürth, Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach
> Wichtige Wirtschaftszweige: Druck, Marktforschung, Information, Kommunikation, Energie- und Leistungselektronik, Verkehr, Logistik		

>>> Das Gemeinschaftsvorhaben koopstadt stellt vier zentrale Aufgaben in den Vordergrund:

- > Partizipation und bürgerschaftliche Mitgestaltung von Prozessen und Projekten
- > Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe
- > Wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit der Städte
- > Umgang mit ökologischen und energetischen Herausforderungen.

koopstadt ist dabei auf zwei Ebenen angelegt. Die Praxis der Stadtentwicklung wird anhand von konkreten Projekten ausprobiert, dargestellt und vermittelt. Darüber hinaus werden leistungsfähige, effiziente und innovative Methoden, Instrumente und Verwaltungspraktiken herausgearbeitet, die ein Gelingen erst ermöglichen. Schon jetzt ist feststellbar: im offenen und kritischen Austausch können die Städtepartner voneinander lernen, trotz unterschiedlicher Herangehensweisen.

Mit Blick auf die zentralen Aufgaben der Stadtentwicklung werden drei Themenfelder bearbeitet, in denen jeweils mehrere Projektfamilien mit einem besonderen thematischen Fokus agieren. In den Projektfamilien wirken Vertreter aus den Verwaltungen sowie externe Partner aller drei Städte zusammen. Sie tauschen ihre Erfahrungen vor allem direkt im Rahmen von mehrtägigen Workshops aus. Im Zeitraum 2009 bis 2012 sind die Projektfamilien jedes Jahr in einer anderen Partnerstadt zu Gast. Parallel dazu beraten die für Stadtentwicklung zuständigen Verwaltungsbereiche aus den drei Städten in der koopstadt-Gruppe über relevante Planungsinstrumente und bringen spezifische Erkenntnisse ihrer jeweiligen Stadtentwicklung in das Vorhaben ein.

2012 ist das Jahr der Zwischenbilanz, in dem auch die Zielstellungen bis 2015 präzisiert werden. Die Ergebnisse von koopstadt und die im Arbeitsprozess gewonnenen Erkenntnisse sollen zur Zwischenbilanz aufbereitet und in einer überregionalen Veranstaltung präsentiert werden. ir

STÄDTE NETZ WERK

Die **koopstadt-Gruppe** bildet das Zentrum der städteübergreifenden Kooperation und Kommunikation. Sie führt die inhaltliche Diskussion und trifft als Plenum in gemeinsamen Workshops alle strategischen Entscheidungen. Mitglieder der koopstadt-Gruppe fungieren zugleich als fachliche **Mentoren** für eine Projektfamilie.

Die koopstadt-Gruppe setzt sich aus den drei **Städteachsen** zusammen, die gleichzeitig den jeweils stadtinternen Prozess steuern. Ihre Mitglieder arbeiten in der Verwaltung und sind hier unmittelbare Ansprechpartner für Fachressorts, Wirtschaft, Institutionen, die Stadtpolitik und Projektleiter. Damit bilden sie die Basis von koopstadt vor Ort.

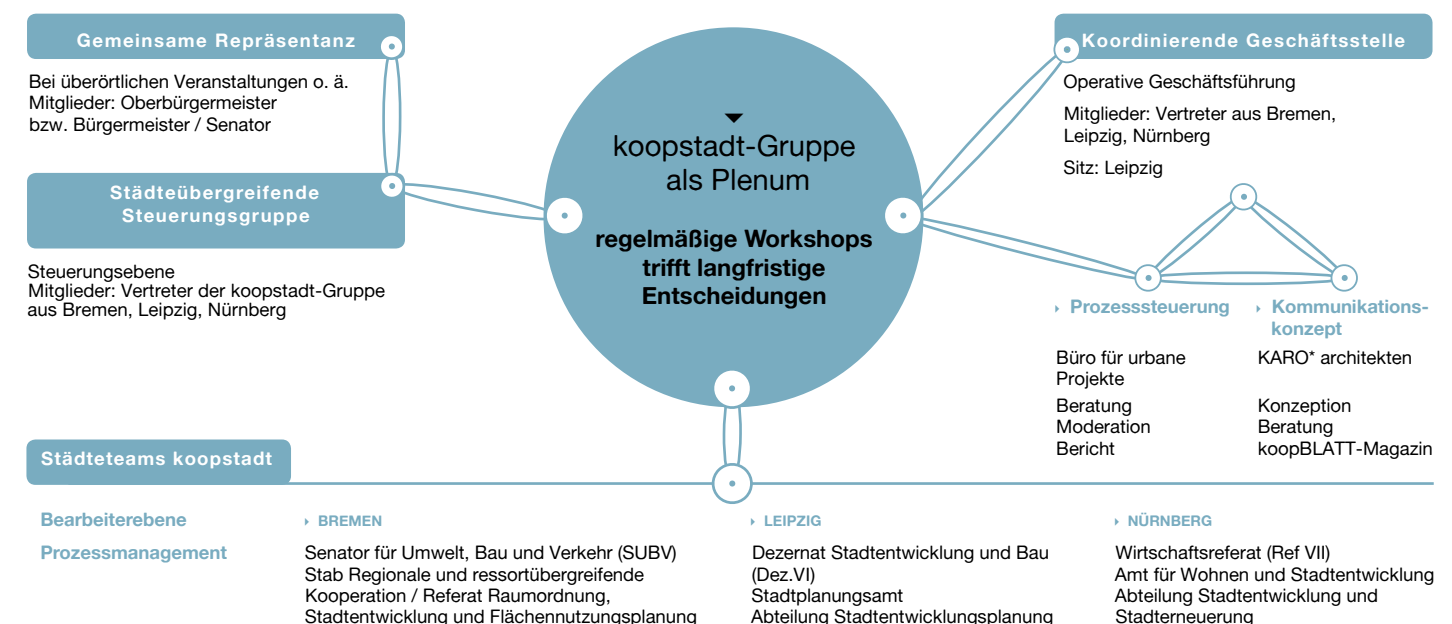
Zur inhaltlichen Projektsteuerung haben die drei Städte jeweils eigene Gremien geschaffen, in denen benachbarte Fachressorts mitwirken. Hier findet der Abgleich zwischen koopstadt und den jeweiligen strategischen Zielen der Stadtentwicklung statt.

Die **städteübergreifende Steuerungsgruppe** trifft die inhaltlichen Entscheidungen zwischen den Workshops der koopstadt-Gruppe. Ihr gehören die Projektverantwortlichen aller drei Städte an. In der **koordinierenden Geschäftsstelle** wirken Verwaltungsmitarbeiter aus allen drei beteiligten Städten an der operativen Geschäftsführung mit. Sitz der Geschäftsstelle ist Leipzig.

Die externe Prozesssteuerung hat das **Büro für urbane Projekte** in Kooperation mit dem Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel übernommen. Das Büro berät die koopstadt-Gruppe, moderiert die Workshops der Projektfamilien und dokumentiert den Ertrag in Reports und Forschungsberichten.

Das Büro **KARO* architekten** hat ein Kommunikationskonzept zum Gesamtprozess entwickelt und zeichnet für Konzeption, Redaktion und Produktion des Magazins koopBLATT verantwortlich.

Arbeitsstruktur des Gemeinschaftsvorhabens koopstadt



PROJEKT FAMILIEN

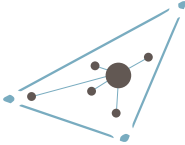
>>> koopstadt arbeitet auf drei breit angelegten Themenfeldern und dabei jeweils in mehreren Projektfamilien mit besonderem thematischen Fokus. In der Ausrichtung der Projektfamilien wird deutlich, dass für einen ressortübergreifenden Ansatz der Stadtentwicklung die sozialen, ökonomischen und räumlichen Dimensionen der Stadt zusammenspielen müssen. Im Denk- und Arbeitsprozess haben Themenfelder und Projektfamilien bereits mehrere inhaltliche Präzisierungen erfahren – und damit teilweise auch modifizierte Bezeichnungen und Zuordnungen.

> Im Folgenden werden die derzeit acht Projektfamilien in ihrer Zugehörigkeit zum jeweiligen Themenfeld benannt. Unsere erste Magazinausgabe stellt drei Projektfamilien etwas ausführlicher vor – mit einem kurzen »Familienbericht« sowie einer Reportage. Lesen Sie über weitere Projektfamilien in der nächsten Ausgabe unseres Magazins.

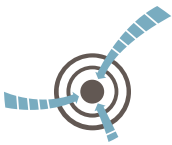
THEMENFELD

URBANE LEBENS-
QUALITÄT,
ÖKOLOGISCHER
WANDEL UND
SOZIALER
ZUSAMMENHALT

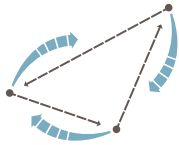
Bildung im Quartier
> S. 15/30



Stärkung
der Innenstadt



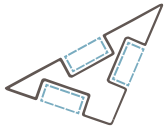
Klimagerechte
Stadtentwicklung



THEMENFELD

ÖKONOMISCHE
INNOVATION,
KREATIVE MILIEUS
UND BETEILIGUNG

Zwischennutzung
als Normalfall der
Stadtentwicklung



Räume für Kultur-
und Kreativwirtschaft



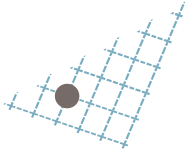
Transformationsstandorte
als Teil der Stadt



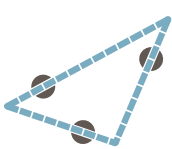
THEMENFELD

REGIONALE
KOOPERATION,
RÄUMLICHE
VERNETZUNG
UND NEUE
AKTIONSRÄUME

Stadt ist Region
> S. 14/22

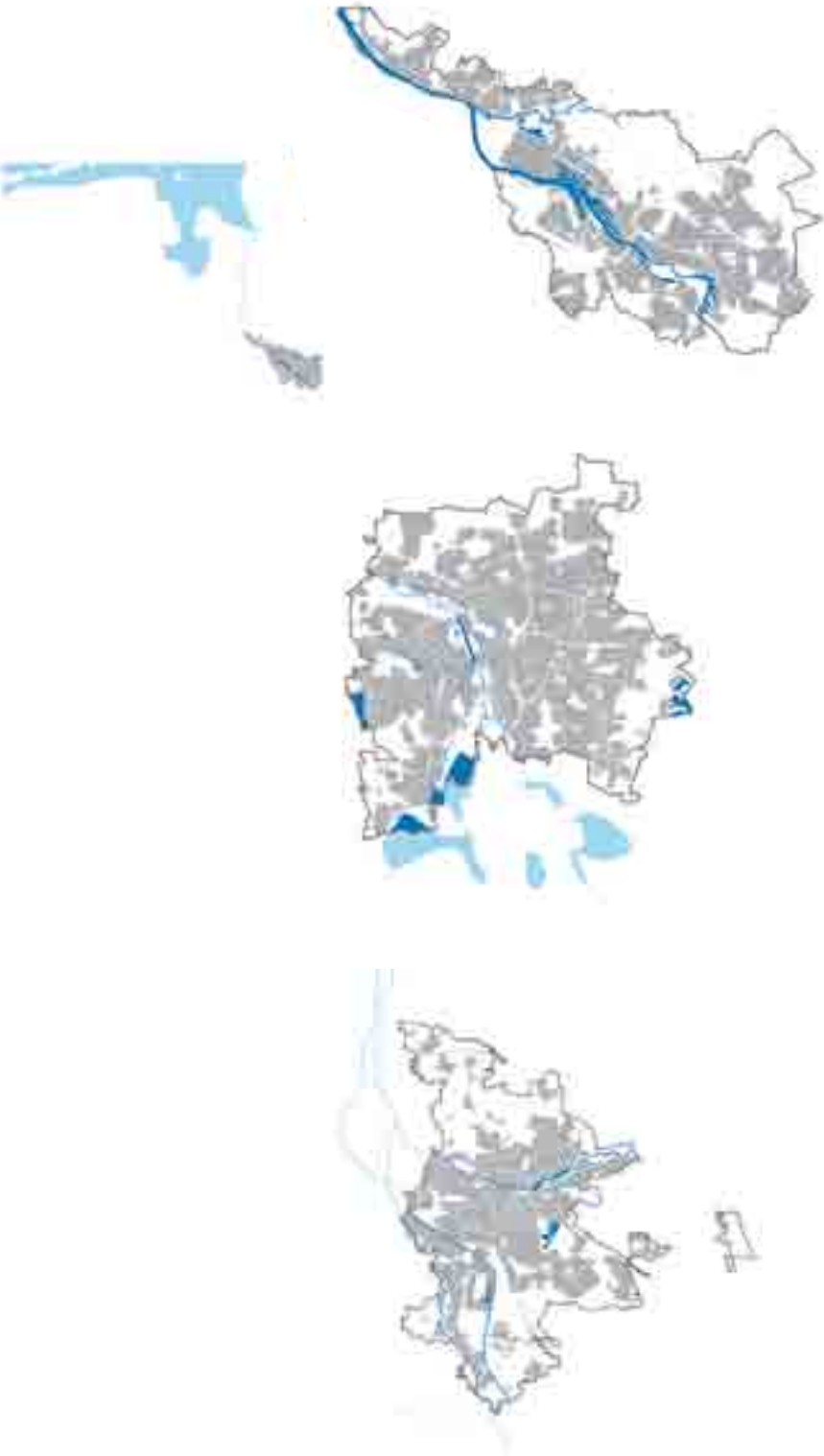


Wasser-Region
> S. 13/16

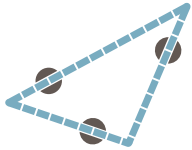


>>> Die Projektfamilie hat zwei Facetten:

Einerseits geht es um eine regionale Kooperation zum Thema. Wasser verfügt auf Grund seiner räumlichen Struktur als Gewässernetz und seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit und Lebensqualität einer Stadt bereits über gute Voraussetzungen für eine produktive Kooperation auf stadtreionaler Ebene. Hier gibt es ganz offensichtliche Win-Win-Effekte und damit auch Strategien, Konzepte und Projekte, die sowohl auf der Ebene der Stadt und ihrer Teilräume als auch der Region angesiedelt sind. Andererseits geht es um konkrete Fragestellungen zur Stadt- und Regionalentwicklung am und mit dem Wasser. Das betrifft Beteiligung und Kommunikation, Nutzungskonflikte und mögliche Synergien und schließlich teilweise länderübergreifende, großräumige regionale Kooperationen zur Entwicklung von Gewässernetzen als Wirtschaftsfaktoren und für touristische Nutzungen.



WASSER REGION



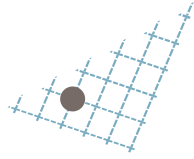
3x Wasser

Das Stadtgebiet von Bremen und das Bremische Selbstverständnis werden durch die Weser als Lebensader und die Anbindung der Hansestadt an die Nordsee geprägt. In den vergangenen 15 Jahren wurden die »Schlachte« als Weserpromenade ausgebaut, die Hafenbrachen revitalisiert und wesernahe Bauvorhaben verwirklicht, wodurch der Fluss deutlich stärker wahrgenommen wird. Das Verbundprojekt »Lebensraum Weser« soll diesen Bedeutungs- und Attraktivitätsgewinn verstetigen. Dabei stehen bei den Aktivitäten der integrative Ansatz und der Interessenausgleich unterschiedlicher Ansprüche an den über 40 km der Bundeswasserstraße im Vordergrund.

Die Stadt Leipzig prägt der Zusammenfluss von Weißer Elster, Pleiße und Parthe. Erst die Maßnahmen im Zuge des wirtschaftlichen Transformationsprozesses seit 1990, bei denen ehemals verrohrte Wasserläufe in der Innenstadt geöffnet, Freizeit- und Hafenanlagen entwickelt und ehemalige Braunkohletagebaue an den Stadtgrenzen im Süden sowie im Nordraum geflutet wurden, haben bewirkt, dass Leipzig heute wieder als Wasserstadt gelten kann. Mit dem »Touristischen Gewässerverbund Leipziger Neuseenland« wird die neue Landschaft schrittweise erschlossen, qualifiziert und erlebbar gemacht. Ihre Standorte und Schauplätze finden sich dabei sowohl in innerstädtischen Lagen als auch im Umland.

In einer sonst eher wasser- und niederschlagsarmen Region gelegen, versteht sich Nürnberg dennoch als Stadt am Wasser. Durch den Main-Donau-Kanal mit dem Hafen im Südwesten ist Nürnberg an die internationalen Wasserstraßen angeschlossen. Das dort gelegene trimodale Güterverkehrszentrum ist das größte multifunktionale seiner Art in Deutschland. Durch die Altstadt fließt die Pegnitz, einstmalige Lebensader, Transportweg und Hochwassergefahrenquelle. Allerdings ist der Fluss in der steinernen Altstadt kaum spürbar. Deshalb sollen die Bereiche der Innenstadt intensiver mit dem Wasser verbunden und erlebbar gemacht werden. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept »Nürnberg am Wasser« widmet sich einer Vision und konkreten Strategien zugleich, verbunden mit einem ökologischen und wirtschaftlichen Wassermanagement.

STADT IST REGION



>>> Im Mittelpunkt der Projektfamilie stehen die Erfahrungen mit regionaler Kooperation in variablen Raumstrukturen. Nach einer ersten Auseinandersetzung mit sehr unterschiedlichen regionalen Arbeitsstrukturen (Metropolregionen, Gewerbeflächenmanagement etc.) fokussierte die Projektfamilie ihre Arbeit inhaltlich auf die regionale Abstimmung zur Entwicklung des Einzelhandels. Dieses Thema wird von den drei Städtepartnern und ihren institutionellen Partnern bei der Wirtschaft und in den Regionen als »Nagelprobe« dafür verstanden, ob und wann die Arbeits- und Entscheidungsstrukturen auch im Konfliktfall funktionieren und welche Instrumente hierfür erforderlich sind. Konkret werden deshalb Fragen der regionalen, kommunalen und innerstädtischen Zentren- und Einzelhandelsentwicklung in der Projektfamilie vertieft bearbeitet.

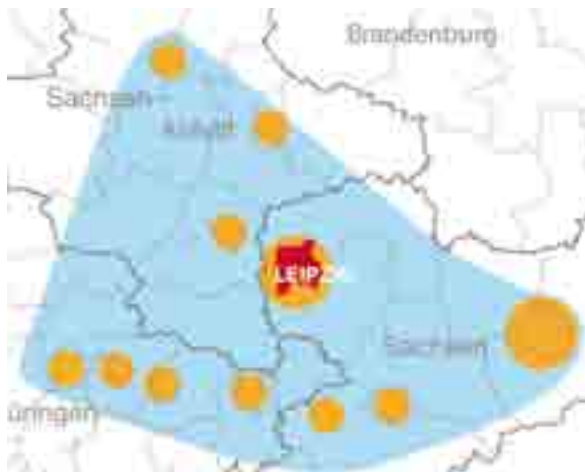
3 x Stadtregion

Die Freie Hansestadt Bremen ist als Kommune und Bundesland in eine durch die gezeitenabhängige Weser geprägte Kulturlandschaft sowie einen Wirtschaftsraum mit weiteren Kernstädten eingebunden. Dabei haben sich verschiedene Entwicklungsachsen und vielfältige Verflechtungen im Rahmen des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e. V. sowie der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten ergeben. Die Kooperation in der Region hinsichtlich der Zentren- und Einzelhandelsentwicklung ist hierfür ein strategisches Projekt der Stadtentwicklung, von dem die Städtepartner bei koopstadt partizipieren können.



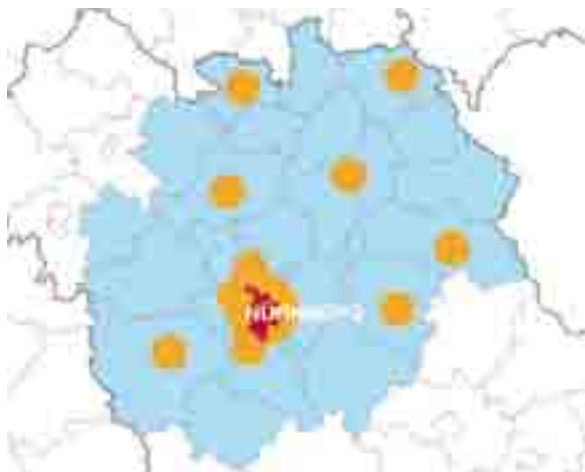
Metropolregion Nordwest

Die Stadt Leipzig, im Herzen der Metropolregion Mitteldeutschland gelegen, bildet zusammen mit dem benachbarten Halle (Saale) und den umliegenden Mittelzentren einen leistungsfähigen Wirtschaftsraum. Insbesondere die infrastrukturell hervorragend angebundenen Flächen im Umfeld des Flughafens Leipzig-Halle und des benachbarten Autobahnkreuzes bilden ein großes Potenzial für die weitere Entwicklung der Stadtregion, die in ihren funktionalen und kulturlandschaftlichen Bezügen über die Landesgrenze zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt hinwegreicht. Zukünftig wird es darum gehen, die Stadt- und Regionalentwicklung im Raum Leipzig-Halle zu profilieren und damit die regionale Dimension einer Integrierten Stadtentwicklung zu erproben.



Metropolregion Mitteldeutschland

Die Stadt Nürnberg ist traditionell gemeinsam mit ihren Nachbarstädten Erlangen, Fürth und Schwabach der Kernraum einer Europäischen Metropolregion, die auf Grund ihres polyzentrischen Systems einen großen und leistungsstarken Wirtschaftsraum repräsentiert. Die Genese der Metropolregion verweist auf einen nachhaltigen Kooperationsprozess mit starken Knoten und zahlreichen Partnern, der sich sowohl auf die Raumstrukturen als auch auf mentale Momente und kulturlandschaftliche Wurzeln gründet. Diese Konstellation ist ein solides Fundament, auf das in der Stadtregion angesiedelte Projekte einer Integrierten Stadtentwicklung von Nürnberg bauen können.



Metropolregion Nürnberg

- Metropolregion
- Engerer Kooperationsraum
- Kernstadt
- koopstädte

>>> Das Ermöglichen von Chancen und Teilhabe ist ein wesentlicher Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Städte. In allen drei Städten werden – bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Handlungsmöglichkeiten und Ansätzen – ressortübergreifende Strukturen genutzt oder sukzessive aufgebaut. Dabei wirken die Bereiche Bildung, Kultur, Soziales und Stadtentwicklung schon jetzt eng zusammen. Der Diskurs zum Begriff und Anspruch an Bildung im umfassenden Sinne hat den Weg in die Quartiere und Stadtteile geöffnet und einen auf den Sozialraum orientierten Ansatz gestärkt.

Da alle drei Städtepartner parallel zu koopstadt auch im Bundesprogramm »Lernen vor Ort« (LVO) mitwirken, konnten die personellen Schnittstellen hergestellt, die Ergebnisse übertragen und die wissenschaftliche Expertise der Begleitforschung seitens der Universität Halle-Wittenberg genutzt sowie in die städteübergreifende Arbeit eingebracht werden. Insbesondere Quartiersbildungszentren und Bildungsnetzwerke oder auch Bildungslandschaften für Stadtteile haben sich als konkrete Handlungsansätze herauskristallisiert, die in der Projektfamilie genauer untersucht, dargestellt und entwickelt werden.

LVO Bremerhaven



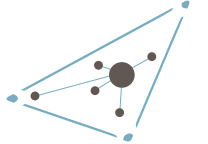
LVO Leipzig



LVO Nürnberg



BILDUNG IM QUARTIER



3 x Kommunale Bildungslandschaft

Bremen lotet das Thema Quartiersbildungszentren als Standort- und Gebäudekonzept mit einem komplexen Nutzungsprogramm an drei Projekten (Robinsbalje, Blockdiek, Gröpelingen) aus. Die Vertreter der Stadt leisten im Rahmen des kommunalen Bildungsmanagements und vor dem Hintergrund der besonderen Konstellation von Bremen einen Beitrag zur Diskussion gesetzlicher Grundlagen und Perspektiven der Zuständigkeit auf Landes- und kommunaler Ebene. Dieses Know-How kommt den Partnern in Leipzig und Nürnberg zugute.

Leipzig richtet seinen Fokus auf beispielgebende Projekte und integriert das Thema vor allem in die Stadtteilstrategien für die Schwerpunkträume der Stadtentwicklung (Campus Grünau, Leipziger Osten und Leipziger Westen). Dies geschieht im Rahmen der Umsetzung des Fachkonzeptes »Kommunale Bildungslandschaft« zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020 und wird mit den Aktivitäten von »Lernen vor Ort« abgestimmt. Dabei fließen methodische Erfahrungen einer ressortübergreifenden Strategie beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitoring (Bildungsbericht, Bildungskonferenz) ein, die z. B. über einen Thementisch »Bildungslandschaft« in einer Strategiewerkstatt für den Leipziger Osten zum Tragen kommen konnten.

Nürnberg nutzt die wissenschaftliche Begleitung durch Professor Thomas Olk von der Universität Halle-Wittenberg bei der Analyse und Konzeption für eine Bildungslandschaft für die Weststadt auf Stadtteilebene. Hier kommt die ressortübergreifende Zusammensetzung des Gebietsteams zum Tragen, in dem neben den Referaten Bau und Wirtschaft sowie dem 3. Bürgermeister Geschäftsbereich Schule auch die Referate Kultur und Soziales vertreten sind. Parallel dazu werden auf dieser Basis prototypische Projekte (Integration von Schule und Kindergarten, Familienzentrum, Einrichtung eines kommunalen Kulturbüros im Stadtteil) entwickelt und eine Kommunikations- und Beteiligungsstrategie aufgebaut.

R

1

REPORTAGE

ALLES
FLIESST.

Nutzungskonzepte
und produktive
Kooperationen

—

Vom Austausch
in der
Projektfamilie
Wasser-Region

—
Gemeinsam auf der Weser: Angela Zábojnik,
Abteilungsleiterin beim Amt für Stadtgrün und
Gewässer in Leipzig, und Maria Martens,
Leiterin des Gebietsteams Wasser in
Nürnberg



ERFOLG ZUM ANFASSEN

»Wasser kommt irgendwo her und fließt irgendwo hin, und deswegen müssen wir immer regional denken«, sagt Angela Zábojník, Abteilungsleiterin beim Leipziger Amt für Stadtgrün und Gewässer. »Ich kann nichts machen, was die Unterlieger beeinträchtigt und die Oberlieger können nicht ohne uns agieren.« Wasser ist offenbar gut geeignet, jene Vertrauenskultur zwischen kooperierenden Partnern gedeihen zu lassen, die anderswo dann dringend gebraucht wird – etwa bei solch schwierigen Themen wie dem Einzelhandel.

Wir treffen uns an der Schleuse Connewitz. Die macht den Weg frei ins südliche Leipziger Neuseenland und ist erst am 11. Juli 2011 eröffnet worden, dem so genannten »TAG BLAU«. Mit ihren 17 mal 4,5 Metern ist sie »... das wichtigste Bauwerk, für das wir in den letzten Jahren gekämpft haben«, sagt Angela Zábojník.

Hier zu stehen und zu schauen ist unterhaltsam. Es ist die erste sächsische Schleuse mit Fisch-Kanu-Pass. Schleusenwärter gibt es auch, sie kommen aus einer Beschäftigungsmaßnahme und weisen Bootsfahrer, wenn nötig, ein. Seit dem »TAG BLAU« gelangt man mit dem Paddel- oder Ruderboot in zwei bis drei Stunden von der Außenmole des Stadthafenareals bis zum Cospudener See (oder aber man nutzt ein gewässerangepasstes Spezialgefährt wie das eigens entwickelte LeipzigBoot).

»Kurs 1« heißt diese elf Kilometer lange Strecke zwischen Innenstadt und Bergbaufolgelandschaft. Es ist der erste von künftig acht bootsgängigen Kursverläufen, der fertig geworden ist.

Ein Erfolg, der hoffen lässt, dass auch andere Visionen eines Tages Wirklichkeit werden, wie die vom Bau des Stadthafens. Oder diejenige von der Verbindung des Karl-Heine-Kanals mit dem Lindenauer Hafen und schließlich mit dem Saale-Kanal. Mit dem Durchstich könnte man einen touristisch attraktiven, technischen Hafen entwickeln, im Stadtteil das Wohnen und Arbeiten am Wasser ermöglichen – und Leipzig den Zugang zum Meer verschaffen.

Angela Zábojník gehört zu den Menschen, die jeden Tag mindestens zehn Stunden arbeiten und über 200 E-Mails bekommen, von denen fast alle eine Reaktion und somit inhaltliche Beschäftigung erfordern. Sie fordert mehr Personal, um Arbeit verteilen und Entscheidungen in Ruhe treffen zu können, »damit das nicht alles immer so feuerwehrmäßig läuft«.

Ihr Amt ist für 179 km so genannter Fließgewässer II. Ordnung zuständig, das sind kleinere Flüsse, Bäche und Gräben wie Pleiße-mühl-, Elstermühl- und Floßgraben oder Karl-Heine-Kanal, außerdem für 123 Stillgewässer. Insbesondere aber kümmert man sich hier um die Entwicklung des Leipziger Neuseenlands, das von der Thüringer Landesgrenze bis hoch nach Sachsen-Anhalt reicht, zur Goitzsche, und im Osten vom Kiesabbau Kleinpösna bis zur Saale. Ihr obliegen vor allem die ökologische Entwicklung der Gewässer gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie, aber auch der Hochwasserschutz, Management und Fördermittelakquise, die Kommunikation mit den Umlandkommunen und die strategische Entwicklung des Gewässerverbands. Aber wenn sie an der Schleuse ist, holt sie auch mal Treibgut aus dem Wasser. Wie gerade jetzt, als es einen mächtigen, belaubten Baumstamm anschwemmt. Manchmal hat sie am Wochenende auch Bereitschaftsdienst und muss im Notfall die Schleuse wieder in Gang setzen.

Angela Zábojník leitet im Auftrag von Grünem Ring und Stadt Leipzig die Arbeitsgruppe (AG) Gewässerverbund Leipziger Neuseenland, die für die Entwicklung des wassertouristisch nutzbaren Gewässernetzes in der Region zuständig ist. Es gibt zwei weitere Arbeitsgruppen – die AG Marketing unter Leitung des Tourismusvereins Leipziger Neuseenland e. V. sowie die AG Standortentwicklung, gelenkt durch die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig.

Man trifft sich alle vier bis sechs Wochen, bei Bedarf auch öfter. Über die Konzepte und Vorlagen aus der dreigeteilten Arbeitsebene entscheidet eine übergreifende Steuerungsgruppe, die aus politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen besteht.

»Das sind gute Strukturen, die funktionieren«, sagt Angela Zábojník. Insbesondere betrifft das die ressortübergreifende Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Wenngleich es schon eine Herausforderung sei, alle bei Laune zu halten und beim Informieren niemanden zu vergessen. In der AG Gewässerverbund Leipziger Neuseenland beispielsweise arbeiten die Kommunen und Landkreise, die Landesdirektion Leipzig, die Landestalsperrenverwaltung Sachsen, die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH sowie alle relevanten und koordinierenden Institutionen und Verbände zusammen. In der AG Marketing sind unter anderem die Fachleute für Kommunikation dabei, in der AG Standortentwicklung die Wirtschaftsförderung, die Stadtplanung, die Architektenkammer.

Gemeinsam entwickelt man das Wassertouristische Nutzungskonzept in der Region Leipzig weiter. »Das ganze Leipziger Umland war ja Braunkohleabbau-landschaft und wir hatten dadurch früher im Südraum 35.000 Arbeitsplätze. Heutzutage sind noch 200 davon übrig. Man muss natürlich für die Leute wieder Arbeit schaffen und so hat die Politik unter anderem beschlossen, auf Grundlage des vorhandenen physischen Gewässersystems den Wassertourismus auszubauen«, so Angela Zábojník. »Natürlich ist auch die Naherholung wichtig. Wir wollen, dass die Leute gerne hier wohnen, dass sie da bleiben. Aber bedeutsamer noch ist der wirtschaftliche Aspekt. Wir wollen durch unsere Angebote auf dem Wasser die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Touristen in Leipzig etwa um einen Tag verlängern.«



Hier beginnt »Kurs 1«, eine elf Kilometer lange Strecke zwischen Leipziger Innenstadt und Bergbaufolgelandschaft, es ist der erste von acht geplanten bootsgängigen Kursverläufen

Die Maßnahmen am Wasser und die strategische Entwicklung von Hafen-, Steganlagen- und Schleusenprojekten seit 1994 haben ursprünglich im Umweltdezernat seinen Anfang genommen – aus Natur- und Umweltschutzgründen heraus, denn das Wasser war vor der Wende stark verunreinigt und musste grundlegend aufbereitet werden. »Viele Ideen haben sich »aus dem Wasser heraus« entwickelt.« Damit haben sich später auch die Brachen in Ufernähe verwandelt. Denn wer würde nicht gern am Wasser wohnen wollen, und so bauen die Leute von alleine, wenn irgendwo ein Fluss ans Licht kommt oder sauber wird. Es gibt heute bei den Projekten eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, mit Stadtplanungs- sowie Verkehrs- und Tiefbauamt. Jeder arbeitet auf seiner Strecke, um den Gewässerverbund stark und funktionsfähig zu machen und Wasserlagen zu entwickeln.

Eine enge Zusammenarbeit unterhält man auch mit Bürgervereinen, beispielsweise dem Förderverein Neue Ufer e. V., dem Bürgerverein Waldstraßenviertel e. V. und dem Wasser-Stadt-Leipzig e. V. – bei regelmäßigen Fixterminen alle sechs Wochen werden Absprachen zu allen wichtigen Sachverhalten getroffen. Es gibt auch häufig gemeinsame Veranstaltungen und Bürgerversammlungen, auf denen man redet, aufeinander zugeht, Informationen gibt und Anregungen mitnimmt.

Akzeptanz und Rückhalt bei den Bürgern zu schaffen ist wichtig. Jedoch braucht man Zeit für diese Gespräche: »Wir könnten doch dort... und ich hab das gehört... und meine Mutter hat da noch gebadet früher...« Zeit, mit der man andererseits aufgrund des wenigen Personals und der vielen schwierigen Projekte sehr sparsam umgehen muss.

In den Arbeitsgruppen sind die Bürger nicht vertreten, es geht dort um Fachthemen, Arbeitsaufträge und harte Fakten. Beispielsweise, wie geht man mit der unansehnlichen Farbe der Pleiße um? Wie kommuniziert man, dass ihr Braun vom Eisensulfat herrührt und deshalb nach all den Eingriffen durch den Braunkohletagebau ganz natürlich ist?

Was Angela Zábojník fehlt, ist eine zentrale Anlaufstelle für Investoren und Gäste. »Wenn jetzt jemand aus Bremen nach Leipzig kommt und fragt »ich will alles über den Gewässerverbund wissen, ich will mich hier ansiedeln und bringe fünf Millionen mit, wo muss ich hin?«, dann müsste es die eine Stelle geben, die sagt »Ja, kommen Sie. Wir machen jetzt mal einen Ausflug nach Großpösna, da ist Herr Soundso, da können Sie sich ansiedeln, und danach gehen wir zur Tourismusinformation Leipzig und kaufen Ihnen für heute Abend Opernkarten, und wenn Sie jetzt noch zwei Stunden Zeit haben, rufe ich Herold an, den Bootsverleiher, und mit dem machen Sie eine Stadtrundfahrt auf dem Wasser.« Jetzt bekommen Sie das alles auch, aber Sie gehen zu mehreren verschiedenen Stellen. Wir haben noch keine Organisationsform, die dann vielleicht »Büro Leipziger Neuseenland« heißt. Es gibt momentan keine Gelder für die Entwicklung solch einer Struktur.«

REGIONALES BEKENNTNIS ZU SALZWIESE UND SEEHUND

Bei komplexen Planwerken zum Thema Wasser wird auch in der Region Bremen intensiv kooperiert. Das erfahren wir auf dem Bremer Workshop der Projektfamilie Wasser-Region im Mai 2011. Die Freie Hansestadt hat sich als Stadt am Fluss wieder neu entdeckt, heißt es.

Dirk Hürter vom Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr spricht in der Runde über Nutzungskonflikte und Synergien am Beispiel des Integrierten Bewirtschaftungsplanes (IBP) Weser. Der Tideweserraum ist ein Gebiet von großer ökologischer Bedeutung. Hier gibt es Sandbänke und Wattflächen, Salzwiesen und Auwälder, mit Seehund, Teichfledermaus und Rohrdommel. Mehr als 90 % der Wasser- und Vordeichflächen gehören zum europäischen Schutzgebietssystem Natura 2000, einem Netz zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in den EU-Mitgliedsstaaten. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um einen traditionellen und international bedeutenden Wirtschaftsraum.

Der IBP Weser verfolgt nun das Ziel, bei der Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, der Vogelschutzrichtlinie sowie der Wasserrahmenrichtlinie im Weserästuar, an der Unterweser und ihren Nebenflüssen Hunte und Lesum ökologische und wirtschaftliche Interessen samt Schifffahrt in Einklang zu bringen. Das

ist das gemeinsame Anliegen der Länder Niedersachsen und Bremen sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

Interdisziplinäre Planungsgruppen mit Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden haben in beiden Ländern an dem fachübergreifenden Plan gearbeitet. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe IBP Weser, bestehend aus je einem Vertreter des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, des Bremer Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest, hat die Sitzungen beider Planungsgruppen inhaltlich vor- und nachbereitet, Daten und Informationen systematisiert, Gutachten betreut sowie sich um Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit gekümmert. Eine rechtlich bindende Wirkung wird der Plan nicht haben, vielmehr zielt er auf eine Selbstverpflichtung aller Beteiligten, das ökologische Netz Natura 2000 zu bewahren und nachhaltig zu entwickeln.



Dirk Hürter vom Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr versteht komplexe Planungsprozesse als Möglichkeit zur Synergie

Die Erarbeitung des IBP Weser soll bis Ende 2011 abgeschlossen sein. Man hat versucht, Spannungen im Vorfeld beizukommen, indem reale Interessenkonflikte und gangbare Lösungswege von »Nutzern« und »Schützern« gemeinsam definiert wurden. Im Fokus der Abstimmung stand noch nicht die Einigung auf einen konkreten Maßnahmenort, sondern auf eine gemeinsame Vorgehensweise zur Maßnahmenkonkretisierung, beispielsweise die Einigung: »Wir werden ein Konzept zur Identifizierung von Uferstrecken für eine abschnittsweise Renaturierung erarbeiten«. Denn die räumliche Konkretisierung konzeptueller Leitlinien wirft immer auch Probleme auf, die im Maßstab des IBP Weser nicht abschließend behandelt werden können. Das können Nutzungskonflikte zwischen Landwirtschaft, Freizeit und Naturschutz sein, aber auch finanzielle Rahmenbedingungen, Grundstücksverfügbarkeiten und begrenzte Zuständigkeiten beteiligter Stellen.

Die Beteiligten wurden beizeiten und bewusst eingebunden. Der Planungsprozess wird so als Möglichkeit zur Synergie begriffen: »Es ist besser, die Problemfelder frühzeitig gemeinsam zu bearbeiten, auch wenn das zunächst einen Mehraufwand bedeutet. Aber die Beteiligten können so ihre Ziele leichter erreichen, als wenn es bei fast abgeschlossener Planung zur Konfrontation kommt«, sagt Dirk Hürter. Notwendig sei es auch, die Bedenken der lokalen Politiker durch frühzeitige Information zu zerstreuen. Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit müsse den Prozess mit positiv besetzten Begriffen begleiten und auf die Synergieeffekte aufmerksam machen.

GRÖSSE BEDEUTET NICHT ALLES

Bei Boden denke man schnell an Altlasten, bei Luft an Verschmutzung. »Bei Wasser aber ist die erste Assoziation immer positiv, die Arbeit an diesem Thema macht den Leuten Spaß«, sagt Andrea Hilker auf dem Bremer Workshop. Sie leitet die Abteilung Umweltplanung bei der Stadt Nürnberg, ist verantwortlich für Umweltberichte, Grünordnungspläne, Artenschutzprüfungen und Stellungnahmen zu Bauleitplanverfahren.

Ihre Abteilung hat zu Beginn des Nürnberger koopstadt-Projektes die Federführung für das Gebietsteam Wasser übernommen, eines von vier ressortübergreifend und interdisziplinär arbeitenden Teams. Während die anderen drei jeweils einen Stadtteil bearbeiten, beschäftigt sich die Gruppe um Andrea Hilker und ihre Mitarbeiterinnen – Maria Martens als Projektleiterin sowie Sarah Grünfelder – mit dem thematischen Aspekt Wasser auf gesamtstädtischer Ebene. Im Gebietsteam Wasser arbeiten kontinuierlich und intensiv die verschiedensten kommunalen Ämter und Referate zusammen, aber auch nichtstädtische Institutionen wie das Wasserwirtschaftsamt Nürnberg oder die Congress- und Tourismuszentrale. Man trifft sich alle sechs bis zehn Wochen.

»Oberstes Ziel ist es, das Wasser in Nürnberg erlebbarer zu machen«, erklärt Maria Martens. Mehr Wasser zu den Menschen und mehr Menschen zum Wasser, so lautet eine der Zielbotschaften des Projektes. Dabei spielen emotionale Themen wie Lebensqualität, Identität und Respekt vor der Natur eine ebenso wichtige Rolle wie rationale Argumente, beispielsweise Klimawandel oder Hochwasserschutz.



Andrea Hilker (r.), Leiterin der Abteilung Umweltplanung, und Sarah Grünfelder gehören zum Kern des Gebietsteams Wasser in Nürnberg

Anfangs analysierte das Team, welche Projekte rund ums Wasser einst begonnen wurden, dann aber liegen blieben. Danach folgte eine Recherche zu den derzeit laufenden Verfahren und Projekten, und schließlich wurden neue Projektideen gesammelt. Auf Grundlage dieser Ergebnisse – und einer neu erstellten detaillierten Gewässernetz-Karte für Nürnberg – definierte das Team Handlungsfelder und Impulsprojekte. Der Fokus richtet sich nun auf elf Vorhaben, die mittels »Kümmerern« aktiv betrieben werden. Das koopstadt-Label bekommen ausschließlich neue oder neu belebte Projekte, aber auch laufende werden von der Gruppe unterstützt.

Die Vorhaben sind von unterschiedlichster Größenordnung. Da gibt es die Zabo-Quelle, ein kleines, feines – fast ein poetisches Projekt. Ein historischer Heilwasserbrunnen, gelegen inmitten des Stadtteils Zerbabelshof, genannt Zabo, bekannt seit dem 17. Jahrhundert. Nachdem ein Pferdewagen die Brunnenmauern zerstört hatte, geriet er in Vergessenheit und liegt nun seit



»Wasserwelt Wöhrder See« ist eines von elf priorisierten Vorhaben des Nürnberger Gebietsteams Wasser, hier der Bootshafen

über 80 Jahren unter einer Apotheke. Jetzt wollte die neue Hausbesitzerin wissen, was es mit dem klaren sprudelnden Wasser in ihrem Keller auf sich habe, das ins Kanalsystem geleitet werde. Die Anfrage landete auf Umwegen in der Abteilung von Andrea Hilker. Dort entschied man nach Gesprächen mit der Hausbesitzerin: »Das wird ein koopstadt-Projekt – wir holen das Quellwasser aus dem Keller in den öffentlichen Raum«.

Ein Machbarkeitsgutachten untersuchte drei aus Verwaltungs- und Fachsicht mögliche Varianten: einen öffentlichen Brunnen direkt an der Apotheke, einen in Hausnähe, mindestens aber die Einleitung des Wassers in den nächsten Bach – für den kleinen ökologischen Nutzen, falls alle Stricke reißen. Favorit ist die öffentliche Wasserstelle in Apothekennähe. Zum einen, um das quirlige Leben im Zentrum von Zabo noch attraktiver zu machen und zum anderen, um die Freiräume im unmittelbaren Umfeld aufzuwerten, wo momentan noch nicht viel öffentliches Grün existiert. Klimawandel ist ein Steckenpferd der Abteilungsleiterin. Man hat verwaltungsintern vorüberlegt und intensiv diskutiert. Nun sollen die gut aufbereiteten Varianten mit den Bewohnern des Stadtteils Zerbabelshof, den Zaboeranern, besprochen werden. Andrea Hilker und ihr Team sind gespannt auf die Reaktionen im Stadtteil. Natürlich hofft man, dass die Zaboeraner die Idee unterstützen und mittragen, vielleicht sogar einen Trägerverein gründen. Dann würde die Zabo-Quelle zur handfesten Geschichte. »Sollte aber kein Interesse da sein und keiner der Bürger, Vereine und Verbände mitziehen wollen, wäre auch das ein Ergebnis«, sagt Andrea Hilker. »Das ist gelebte Bürgerbeteiligung. Und ohne die Unterstützung der Leute ist ein solches Projekt sinnlos«.

> **Der Grüne Ring Leipzig** ist eine freiwillige regionale Kooperation, der die Stadt Leipzig, zwölf weitere Kommunen sowie die Landkreise Leipzig und Nordsachsen angehören. Er wurde 1996 gegründet, um die Attraktivität der Region zu verbessern, sein Sitz ist Leipzig. Viele regional tätige Organisationen, Verbände, Unternehmen, Bürger und Vereine beteiligen sich an den Projekten.

> Ein Schlüsselprojekt des Grünen Ringes Leipzig ist der **Touristische Gewässerverbund Leipziger Neuseenland**, der durch das **Wasser-touristische Nutzungskonzept** weiterentwickelt wird, welches im Auftrag des Grünen Rings, des Zweckverbands Kommunales Forum Südraum Leipzig und der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungs-gesellschaft mbH erarbeitet wurde.

Quellen und Literaturempfehlung:

- > www.gruener-ring-leipzig.de
- > www.gewaesserverbund.de
- > www.leipzigerneuseenland.de
- > www.umwelt.bremen.de
- > www.wasserweltwoehrdersee.de

»Natürlich hat dieses Vorhaben nicht die Öffentlichkeitswirksamkeit wie das Nürnberger Projekt Wöhrder See«, resümiert Andrea Hilker. »Und es ruft nicht die Bewunderung hervor, die etwa entsteht, wenn die Kollegen aus Leipzig erzählen, dass man da neue Kanäle baut und jetzt einen durchgängigen Wasserweg in Richtung der nahe gelegenen Seen geschaffen hat. Da können wir mit der Zabo-Quelle nicht mithalten.« Aber, so die »Projekt-Kümmerin« Sarah Grünfelder, »wenn man wirklich eine Wasserstelle an die Zaboer Hauptstraße hinbekäme, und die Leute an den heißen Tagen ihre Füße in den Brunnen halten könnten, dann wäre das ein großer Erfolg für den Stadtteil.«

Stolz sind die drei Nürnbergerinnen auf ihre Wasser-Spaziergänge, die sie seit 2010 anbieten. Diese stadtgeschichtliche Spurensuche rund ums Wasser findet viel Anklang in der Bevölkerung, und sie bietet Raum für aktuelle Planungsdiskussionen, der von den Besuchern intensiv genutzt wird. Mittlerweile gibt es vier verschiedene Touren, die per pedes oder Rad zurückgelegt werden können.

Daneben gibt es in Nürnberg auch die »großen« Vorhaben. Dazu gehört der Wöhrder See, mittlerweile ein Projekt des Freistaates Bayern in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg. Im Mittelpunkt stehen die Sanierung des Sees und seine zukünftigen Nutzungen. Dabei sind insbesondere die Arbeiten an den Uferbereichen, den angrenzenden Grünflächen und an Wege- und Blickbeziehungen eng mit dem koopstadt-Projekt verknüpft. Die Projektgruppe »Wasserwelt Wöhrder See« hat als Verwaltungsvorschlag bereits ein 21-Punkte-Programm für das 52 Hektar große Gewässer inklusive Umfeld erarbeitet.

Die Teilnehmer des Nürnberger koopstadt-Workshop hatten im Übrigen die Gelegenheit, eine Bürgerdiskussion zur Zukunft des Stausees mitzuerleben. Die »mobile Bürgerversammlung«, so der

Titel einer regelmäßigen Radtour mit Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly, führte im Juni um den See herum und machte Station an einer dazu eigens aufgebauten Ausstellung unter freiem Himmel.

DEN BLICK UND DAS DENKEN SCHÄRFEN

Zu ihren Workshop-Erfahrungen in der Projektfamilie Wasser-Region befragt, sagt Angela Zábojnik, es befreie, sich zu öffnen und mal andere zu hören; es gäbe Bestätigung, auf dem richtigen Weg zu sein. Natürlich bekäme sie keine konkreten Hinweise, wie ihre Wasserbauwerke zu planen seien. Und wenn sie zurückkäme, sei der Berg auf dem Schreibtisch noch mehr gewachsen. »Eigentlich kann ich es mir nicht leisten«, denke sie dann, gleichzeitig im Rückblick aber auch »Was hat der da gesagt?« »Der Gewinn ist ein langfristiger. Denn ich bekomme als Leiterin dieser Abteilung Anregungen und muss über manche Sachen nachdenken, die wir machen. Es hilft, die Erfahrungen anderer zu übersetzen für die eigene Stadt. Ich kenne dann jemanden, der hat ein ähnliches Problem. Das ist nicht umsonst, das möchte ich nicht missen.«

Andrea Hilker ist von Beginn an im koopstadt-Geschehen engagiert. Der Austausch motiviere und erlaube, frei zu diskutieren, sagt sie und weiß die interdisziplinäre Arbeit bei diesem Vorhaben als Motor und Unterstützung für die alltägliche Arbeit zu nutzen. Sie schätzt die Synergieeffekte. Spannend sei, ganz unterschiedliche Sichtweisen auf ähnliche Probleme zu entdecken, sagt auch Maria Martens. Das ermögliche, den eigenen Blick und das eigene Denken zu schärfen.

Vielleicht lässt sich manch altes Problem doch auf frische Weise lösen. ah

Neue Schleuse im Leipziger Stadtteil Connewitz



R 2

REPORTAGE

BEIM
EINZELHANDEL
MUSS DIE
FREUNDSCHAFT
NICHT
AUFHÖREN.

Regionalentwicklung
als politisches Feld
—
Vom Austausch in der
Projektfamilie
Stadt ist Region

—
Zwischen Workshop und Soiree im Bremer
Einkaufszentrum Waterfront



MUSIK AN DER STADTGRENZE

Was für ein Ort muss das sein, an dem Konsum stattfindet, und wo muss dieser Ort liegen? –

Was Produkte versprechen, ist ein Sein, erklärt der Berliner Kultursoziologe Dr. Albrecht Göschel. Funktionieren tun sie sowieso. Was Einkaufen ausmacht, ist das zentrale Erlebnis eines möglichen Seins. Konsum fordert heraus, sich zu entfalten; lädt ein, aktiv zu werden, um sich zu entwickeln. Wenn auch fremdbestimmt, sei's drum.



Manfred Cordes, Bürgermeister der Gemeinde Oyten und Vorsitzender des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen e. V., bei der Begrüßung

Laut einer aktuellen forsa-Umfrage können sich knapp 70% der befragten Frauen erinnern, wo sie ihr Lieblingskleidungsstück gekauft haben. Ob sie dabei an ein Factory-Outlet-Center auf der grünen Wiese jenseits der Stadtgrenzen denken oder an einen Laden hinter einem großen städtischen Marktplatz, das ist Stadt- und Regionalplanern nicht egal, und Politikern und Investoren auch nicht. Man streitet darüber, und wie man einen Konsens finden kann, davon soll hier die Rede sein.

Ein Abend auf Gut Varrel im niedersächsischen Stuhr bei Bremen, Mai 2011. Lange Stuhlreihen und ein mächtiges Ständerwerk aus Holz bestimmen die Szenerie in der umgebauten großen Guttscheune. Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. und der Bremer Senator für Umwelt, Bau und Verkehr haben niedersächsische und Bremer Vertreter aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Kammern eingeladen, dazu die Workshopteilnehmer von koopstadt, die bereits seit dem Vormittag die Themen regionale Einzelhandelskonzepte und Kooperation diskutiert haben.

Dass man sich an diesem Abend in dem über hundertjährigen Haus trifft, gemeinsam Musik und Literatur hört, kulturoziologischen Überlegungen folgt, isst, trinkt und Gespräche führt, ist nicht selbstverständlich. Das Zusammenfinden und Zusammenbleiben der Verantwortlichen in der Region ist eine Leistung. Die hier zusammen sitzen und stehen, haben sich schon vieles Fachliche gesagt, haben sich auseinandergesetzt, miteinander gearbeitet und geplant. Heute üben sie sich in Leichtigkeit. Einmal anders auf dieselbe Sache sehen.

Mit kulturellen Zutaten wirbt der Kommunalverbund heute Abend auch für das GartenKultur-Musikfestival. Das macht jährlich im August über Musik in den Gärten und Parks der Region hörbar: Es gibt auch heitere Seiten der Kooperation.

Durchaus schwierig dagegen ist die Steuerung des großflächigen Einzelhandels. Sie gilt bei vielen Akteuren als Nagelprobe kommunaler

und regionaler Abstimmungs- und Entscheidungsstrukturen. »Wir sind auf einem sehr guten Weg«, sagt Manfred Cordes, Bürgermeister der Gemeinde Oyten und Vorsitzender des Kommunalverbunds. »Unsere Mitgliederversammlung hat im März des Jahres beschlossen, künftig Dinge über Vertragslösungen verbindlich zu machen, die heute noch unverbindlich sind. Bremen und seine Nachbargemeinden tauschen sich intensiv im Kommunalverbund aus. Die Landesgrenze dazwischen ist eine besondere Herausforderung. Wir wollen freiwillig kooperieren.«

Nachdem Albrecht Göschel erklärt hat, was beim Kauf eines Produkts eigentlich wirklich passiert, gibt es ein Podium unter blauen Sonnenschirmen. Moderator Otmar Willi Weber von Radio Bremen entlockt dort Vertretern von Politik und Verwaltung aus der Region Bremen sowie aus Leipzig und Nürnberg regionalpolitische Anmerkungen zum Einzelhandel.



Szenerie Gut Varrel bei Soireebeginn

Unter einem blauen Schirm sitzt auch Michael Ruf vom Bürgermeisteramt in Nürnberg. Er habe erst auf der Fahrt hierher, in die niedersächsische Gemeinde Stuhr, verstanden, welch hohen Stellenwert der regionalen Komponente in Bezug auf den hiesigen Einzelhandel zukomme. Denn die Busfahrt der koopstadt-Workshopteilnehmer von Bremen ins Gut Varrel führte direkt durch den Ochtum Park. Jenseits der Stadt- und Landesgrenze entfaltet sich dort eine typische Zwischenstadt-Ästhetik – ein Einkaufspark mit großen Hallen und viel Mode für wenig Geld, Fastfood-Ketten, riesige Parkplätze, in der Nachbarschaft IKEA, Bau- und Teppichmärkte. Angesichts dieser »Musik, die an der Stadtgrenze spielt«, also nicht am richtigen Ort, ist Michael Ruf überzeugt, dass man in der Region gut beraten ist, zusammenzustehen und zu kooperieren.

EINIGUNG OHNE VORGABE VON OBEN

Die Region Bremen habe eine gemeinsame Geschichte wie jede andere. Einschließlich der kollektiven Erinnerung daran, dass irgendwann die Gemeinde A die Nachbargemeinde B vermeintlich oder tatsächlich über den Tisch gezogen haben soll. »Wir sind mitten in Europa ein administratives Grenzland: zwei Bundesländer, in Niedersachsen fünf Landkreise und eine kreisfreie Stadt, die direkt an Bremen anstoßen«, sagt Susanne Krebs, Geschäftsführerin des Kommunalverbunds, im Gespräch. »Wer früher mit den Nachbarn ein Problem hatte, fand sich vor der Landesregierung in Hannover wieder. Es gab und gibt einen echten Bedarf an direktem Austausch auf Augenhöhe.«

Wenn eine Region sich entzweit, dann beim Einzelhandel. Solcherart Konflikte waren es auch, die vor zwanzig Jahren schließlich den Auslöser bildeten, sich im Kommunalverbund zu organisieren und

abzustimmen. Der ist wohlgeordnet ein Verein und keine staatliche Institution. Die Nachbarn wollen sich ohne Vorgabe von oben einigen – durchaus schon ein Wert an sich. Beim Einzelhandel wollen sie dem Problemdruck begegnen, ohne die gute Kooperation auf anderen Gebieten zu gefährden. Denn es gibt viele Aufgaben, bei denen es sich lohnt, gut miteinander zu arbeiten.

So haben die Entwicklung des Regionalen Zentren- und Einzelhandelskonzepts und des begleitenden Raumplanerischen Vertrags weitreichende Wurzeln. Die Entwürfe dazu gehen nach den niedersächsischen Kommunalwahlen im Herbst 2011 in die politische Beratung. Konzept und Vertrag müssen zunächst in jeder Gemeinde politisch verabschiedet werden. Der Zeitpunkt eines gemeinsamen Beschlusses ist noch offen, er könnte im nächsten Frühjahr liegen.

Je größer die Verkaufsfläche, desto bedeutender wird deren Einfluss auf das städtische Leben, auf die Ausstrahlung oder auch auf das Veröden bestimmter Orte. »In der Region Bremen herrscht eine Überversorgung, jede Neuansiedlung bedeutet Verdrängungswettbewerb. Es kommt darauf an, die richtigen Standorte zu finden. Die richtigen sind solche, die die Zentrenentwicklung positiv beeinflussen«, sagt Detlef Schobbe, Mitarbeiter beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

Politik müsse nicht nur wissen, wo etwas nicht geht, sondern auch, wo etwas geht. Einzelhandel an bestimmten Stellen einzuschränken, heißt vor allem: ihn an anderen Stellen zu ermöglichen – in den Zentren. Jede Stadt und jede Gemeinde braucht starke und lebendige Zentren, und die leben wesentlich vom Einzelhandel. Kommunale Entscheidungen über neue Einzelhandelsgroßprojekte bestimmen deshalb entscheidend mit, wie attraktiv künftig Ortskerne sind. Sie beeinflussen gleichzeitig die Infrastruktur und damit das Leben in der Region.



Podiumsgäste auf Gut Varrel: Susanne Krebs, Geschäftsführerin des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen e. V.; Stefanie Komm, Stadtplanungsamt Leipzig; Wilhelm Bäker, Bürgermeister Bassum; Susanne Mittag, Fraktionsvorsitzende Delmenhorst; Michael Ruf, Bürgermeisteramt Nürnberg; Dr. Dirk Kühling, Vorstand Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. vom Senator für Wirtschaft und Häfen; Otmar Willi Weber, Radio Bremen (v. l.)

Das Stärken der Zentren gehört zu den Themenfeldern des Interkommunalen Raumstrukturkonzepts Region Bremen (INTRA), welche Bremen und seine niedersächsischen Nachbarn 2005 gemeinsam beschlossen haben. Das sei ein wichtiger Schub für die Zusammenarbeit im Kommunalverbund gewesen, sagt Susanne Krebs. Einzelhandel wird darin als wichtiges Schlüsselprojekt definiert, denn das sei ein Thema, »das an die kommunale Substanz geht«.

Daraufhin beginnt 2006 mit Bestandsaufnahme und Gutachterbeauftragung die Erarbeitung des Regionalen Einzelhandelskonzepts. Die Zuständigkeit liegt beim Arbeitskreis Planung und auf Vorstandsebene im Kommunalverbund. Die Arbeitsgrundlage schafft eine Steuerungsgruppe, die unter anderem aus Fach-

leuten der Kommunen und der Industrie- und Handelskammern beider Länder, Bürgermeistern, den Landkreisen als Vertretern der Regionalplanung, Gutachtern und der Geschäftsstelle des Kommunalverbunds besteht. Ein hoch kompetentes und arbeitsfähiges Gremium. »Wir haben lange für ein gutes Konzept gestritten – eines, das trägt«, so Detlef Schobbe, der in der Lenkungsgruppe sitzt. »Wir haben etwas fachlich abgesichert und juristisch prüfen lassen, von dem wir glauben, es zu politischen Beschlüssen führen zu können.« Die Konzeptvorlagen werden in verschiedenen Gremien diskutiert, im Vorstand, in der Mitgliederversammlung, in den Kommunalparlamenten. »Ziel ist es, keine Ansiedlungen mehr zu haben, die die Zentren der Nachbargemeinden beeinträchtigen, und das ist vor allem politische Überzeugungsarbeit, die wir leisten müssen.«

Dabei soll beim regionalen wie beim Bremer kommunalen Konzept nach drei einfachen Ansiedlungsregeln verfahren werden, die politisch gut vermittelbar sind. »Die erste Regel besagt, wie wir mit Ansiedlungen der Nahversorgung umgehen wollen. Die zweite Regel klärt unseren Umgang mit zentrenrelevanten und die dritte Regel unseren Umgang mit den nicht zentrenrelevanten Sortimenten. Zwar wird jeder Fall einzeln angesehen, aber unter dem Gesichtspunkt klarer Maßgaben, und die sind überschaubar. Die kennen auch die Investoren; und die wissen, dass bestimmte Dinge nicht gehen, weder bei uns noch bei den Nachbargemeinden.«

Das regionale Konzept muss später wieder in kommunale Konzepte übersetzt werden, denn Bauleitplanung ist kommunale Planung. Die Stadt Bremen hat – unter Regie des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sowie des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, parallel und als Teil des Leitbildprozesses bereits ein kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept aufgestellt und beschlossen. Es ist konform zu den Zielen und Absichten des regionalen Konzepts, und Bremen handelt danach. Das ist auch ein Signal an die Nachbarn: von ihnen erwartet man das Gleiche.

Klar ist, dass es trotz eines regionalen Einzelhandelskonzepts weiterhin bestimmte Konflikte geben wird. »Diese müssen wir dann in einem geregelten Verfahren versuchen auszuräumen und unter Umständen die Projekte in Lage und Größe anpassen. So wollen wir Kirchurmdenken bei der Ansiedlung großflächigen Einzelhandels vermeiden«, sagt Detlef Schobbe. Im Moment sei man in Bremen dabei, die Bebauungspläne an die selbst auferlegten Ansiedlungsregeln anzupassen. Das ist nicht immer einfach, denn es gibt auch Baurechte, an die ohne Entschädigung nicht heranzukommen ist, die man sich unter Umständen in der Region ausnahmsweise gegenseitig anerkennen muss.

Die freiwillige Meldepflicht bei größeren Ansiedlungsvorhaben besteht und funktioniert bereits seit vielen Jahren. Die Beurteilungsgrundlagen für Neuansiedlungen im so genannten IMAGE-Moderationsverfahren sollen mit dem Regionalen Einzelhandelskonzept aber modifiziert und auch an die Rechtsprechung angepasst werden.

Obwohl noch nicht vertraglich fixiert, wird größtenteils schon im Rahmen dieses Moderationsverfahrens nach dem Entwurf zum Regionalen Einzelhandelskonzept gehandelt. Die Unterzeichnung ist dennoch wichtig, geht es doch um Verbindlichkeit und Verlässlichkeit, um Planungssicherheit, um Handlungsanleitung für die Kommunalparlamente sowie um die Kalkulierbarkeit von Politik und Verwaltung. Die Unterschrift bedeutet einen Kraftakt und eine große Leistung.

»Dann aber muss der Vertrag gelebt werden«, sagt Susanne Krebs. Das bedeute im Übrigen nicht, dass einer Gemeinde durch die Empfehlung des Kommunalverbunds grundsätzlich die Hände gebunden sind. Denn ein Vertrag könne nicht die Abwägung

eines Gemeinderates und dessen Entscheidung vorwegnehmen. Das sei eine Erkenntnis aus der Zusammenarbeit mit den Juristen – die Klärung der Frage, was rechtlich mit einem regionalen Einzelhandelskonzept überhaupt gebunden werden kann. »Das sind solche Dinge wie die Verabredung auf Verfahren, die Beteiligung an Moderationsverfahren, die Abgrenzung zentraler Versorgungsbereiche, die Aufstellung einer lokalen Sortimentsliste und eines kommunalen Einzelhandelskonzepts.« Will heißen, die Umsetzung solch eines Vertrages ist ein weiterer, fortdauernder Kraftakt.



Grundlage der Zusammenarbeit: Die Bürgermeister und Landräte im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. unterzeichnen 2005 das Interkommunale Raumstrukturkonzept Region Bremen (INTRA)

AUCH ANDERE
RINGEN MIT DEN THEMEN

Stefanie Komm, die beim Stadtplanungsamt Leipzig für Einzelhandel zuständig ist, würde sich ein regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept auch für die Region Leipzig-Halle wünschen. Dass das hilfreich wäre, sähe man an den jüngsten Entwicklungen in Wiedemar, einer Gemeinde im Landkreis Nordsachsen, direkt an der Grenze zu Sachsen-Anhalt. Ein niederländischer Investor plant dort für 50 Millionen Euro ein Outlet-Center mit rund 60 Geschäften. Die Städte Leipzig und Schkeuditz klagen dagegen vor Gericht, um schädliche Auswirkungen auf ihre Innenstädte zu verhindern. Momentan darf zwar gebaut werden, jedoch steht die Entscheidung über den Betrieb des Centers beim Verwaltungs-ericht Leipzig noch aus.



Beim Workshop zum Thema Einzelhandel, im Vordergrund Stefanie Komm

Stefanie Komm glaubt aber nicht, dass die Stadt Leipzig als Goliath den Prozess einer Konzeptentwicklung allein anschieben könne. »Das muss aus der Region heraus kommen.« Die Bebauungspläne aus den 1990er Jahren sind ein großes Problem, sie widersprechen zum Teil der mittlerweile aktuellen Landes- und Regionalplanung. Solange die Gemeinden wie in Wiedemar ihre Bebauungspläne nicht anpassen, können sie ihre existierenden

Planungsrechte ausschöpfen. Ein Anpassen aber würde Zeit und Geld kosten, vielleicht Entschädigungsforderungen nach sich ziehen – Dinge, die eine Gemeinde möglicherweise allein nicht stemmen kann. Einen ersten Schritt unternehmen deshalb jetzt Landesdirektion und Industrie- und Handelskammer, indem sie in einem Gutachten zunächst die Situation analysieren und Art und Umfang möglicher Konsequenzen für die Gemeinden untersuchen lassen.

Detlef Schobeß hat beeindruckt, dass das Überangebot an großflächigem Einzelhandel, das in der Region Bremen existiert, im Nürnberger Raum gar nicht erst entstanden ist. Man hat dort zwar kein regionales Einzelhandelskonzept, bei ganz großen, regional bedeutsamen Projekten aber bislang im Netzwerk der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach immer eine Lösung gefunden, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Frank Weyerherter vom Stadtplanungsamt Nürnberg hatte am Vormittag an mehreren Beispielen aus der Region die Vorgehensweise der vier Städte demonstriert.

Dennoch ist man in Bremen davon überzeugt, dass regionale und darauf aufbauend kommunale Einzelhandels- und Zentrenkonzepte die bessere Lösung sind. Denn derzeit geht es gar nicht mehr unbedingt um die ganz großen Projekte, vielmehr wiegt die Summe vieler kleiner flächenintensiver Einzelhandelsprojekte genauso schwer.

Die großen Lebensmittelmärkte sind momentan die am häufigsten behandelten Fälle in der Region. Angesichts der immer schwierigeren Aufgabe, die tägliche Nahversorgung in einer überalternden Gesellschaft in den Griff zu bekommen, ist eine intelligente Gesamtsteuerung der Einzelhandelsentwicklung mehr denn je gefragt.

> Der **Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V.** besteht seit 1991. In ihm haben sich rund 30 Kommunen der Region Bremen zusammengeschlossen, die hier freiwillig und Verwaltungsgrenzen überschreitend zusammenarbeiten. Man kommuniziert auf Augenhöhe, unabhängig von der Größe der Gemeinde. Größtes Mitglied ist die Stadt Bremen mit 547.000 Einwohnern, kleinstes Mitglied die Gemeinde Dötlingen im Landkreis Oldenburg mit 6.000 Einwohnern. Jede Gemeinde hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme. Das Amt des Vorsitzenden des Vereins und auch seines Stellvertreters bekleiden jeweils alternierend ein Mitglied des Bremer Senates und ein/e niedersächsische/r Bürgermeister/in. Die Städte und Gemeinden der Region haben sowohl den größten Arbeitgeber gemeinsam, die Daimler Benz AG, als auch vielfältige Verflechtungen in Verkehr, Wirtschaft und Kultur. Im Gebiet des Kommunalverbundes leben etwa 1,1 Mio. Menschen.

> Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. kümmert sich um Regionalentwicklung und Planung. Das **Interkommunale Raumstrukturkonzept Region Bremen (INTRA)** definiert dabei vielfältige konkrete Aufgaben für die Kooperation in der Region und gibt Orientierung für die zukünftige Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsentwicklung. Die niedersächsischen Städte, Gemeinden und Landkreise im Umkreis Bremens haben es 2005 gemeinsam mit der Stadtgemeinde Bremen vereinbart, ab 2011 soll es aktualisiert und fortgeschrieben werden. Ziel ist die Stärkung der Region durch verbesserte regionale Abstimmungen und Verzahnung von Regionalplanung und Gemeindeentwicklung. Zu den aktuellen INTRA-Projekten gehört auch das Regionale Einzelhandelskonzept.

> Über das **Regionale Zentren- und Einzelhandelskonzept** wollen die Mitglieder des Kommunalverbundes die regionale Einzelhandelsentwicklung so steuern, dass die Innenstädte und Ortszentren gestärkt werden und sich die Versorgungsstrukturen dem Wandel gemäß weiterentwickeln. Das Konzept bestimmt gemeinsame Ziele und will eine gemeinsame Strategie, regionale Regeln und Verfahren zur Einzelhandelsentwicklung verbindlich vereinbaren. Das Konzept wird seit 2006 erarbeitet und voraussichtlich zum Jahresende 2011 in die politische Diskussion gegeben.

> Aktualisiert und um städtebauliche Kriterien ergänzt werden soll mit dem Konzept auch die **Interkommunale Moderation von Ansiedlungsvorhaben des großflächigen Einzelhandels (IMAGE-Moderationsverfahren)**. Das Verfahren ist ein Regelwerk zur Abstimmung von Einzelhandelsgroßprojekten in der Region, es besteht seit den 1990er Jahren. Insgesamt über einhundert Einzelhandelsgroßprojekte haben seither das Verfahren durchlaufen und sind im Bedarfsfall moderiert worden. Zu den ökonomischen Prüfkriterien gehören beispielsweise Umsatzumverteilung und Kaufkraftabschöpfung.

Quellen und Literaturempfehlung:

- > www.kommunalverbund.de
- > www.gartenkultur-musikfestival.de

VOM FACHLICHEN
INS REGIONALPOLITISCHE

Die Leipzigerin Stefanie Komm findet die Offenheit der Diskussion und die Art des Umgangs der Gemeinden verschiedener Größenordnungen in der Region Bremen bemerkenswert. Auch der Nürnberger Michael Ruf fordert dazu auf, die Diskussionskultur zwischen großen, mittleren und kleinen Gemeinden auf Augenhöhe zu befördern. Die »Kleinen« seien nicht nur Orte zum »Fahrrad fahren und billig essen«, sie müssten vielmehr in ihren Stärken erkannt werden und ein je eigenes Profil entwickeln können. Eine gute Basis für die schwierige Einzelhandelsdiskussion sei eine Vertrauenskultur, die auf anderen Gebieten wächst – wie beispielsweise der Kultur.

Susanne Krebser nennt als Erfolgsfaktoren für eine gelingende Zusammenarbeit Bedarf, Ziele, Nutzen, Interesse und Geduld. Sie wünsche sich dazu eine intensivere Auseinandersetzung über politische Strategien auf regionaler Ebene.

Auch engagierte Gemeinderäte seien zunächst Spezialisten auf ihrem jeweils eigenen Gebiet, und das Thema Region nur eines unter vielen. Am Übersetzen der fachlichen Diskussion in regionale Politik sei deshalb noch zu arbeiten. »Die Region braucht für bestimmte Themen ein noch stärkeres Engagement der lokalen Politik. Wenn Regionalplanung und -entwicklung ein ernsthaftes politisches Feld wäre, das wäre für mich ein Erfolgsfaktor.« ah

Ochtum Park mit Factory Outlets auf dem Gelände eines ehemaligen Gewerbebetriebes vor der Stadtgrenze Bremen



WORK SHOP

BREMEN

>>> Die Projektfamilien »Stadt ist Region« und »Wasser-Region« kamen im Mai 2011 in Bremen das zweite Mal zusammen, nachdem sie sich im April 2010 in Nürnberg ausgetauscht hatten. Die Gesprächsrunden in der Bremer Überseestadt boten die Gelegenheit, den Faden wieder aufzugreifen.

Die Projektfamilie »Stadt ist Region« legte im Lichthaus den Fokus bewusst auf das Thema Einzelhandel und diskutierte sehr intensiv über die Bedingungen funktionierender Strukturen zwischen Stadt und Region. Die Projektfamilie »Wasser-Region« tauschte sich in Kleingruppen unter dem Dach von hanse-Wasser über gemeinsame Fragestellungen zur Arbeit an Gewässerkonzepten aus: Nutzungskonflikte, Beteiligungsverfahren und die regionale Dimension des Themas bildeten die thematischen Schwerpunkte.

Der Spaziergang durch das neue Einkaufszentrum »Waterfront« hindurch an das Ufer der Weser, die Tour mit einem Linienschiff zur Innenstadt und schließlich die Busfahrt über die Stadt- und Landesgrenze hinweg zur Soiree auf Gut Varrel in der niedersächsischen Gemeinde Stuhr gaben Einblicke in die Fluss- und Einzelhandelslandschaft von Stadt und Region Bremen. ir

»Wir wollen Verwaltungsgrenzen überschreiten – und zwar freiwillig«

—
Dr. Dirk Kühling
Vorstand Kommunalverbund
Niedersachsen/Bremen e. V.

—
Familienbild vor der Weser



1



2



3



5



4



6

WORK SHOP

BREMEN

Impressionen

- 1 Workshoptag der Projektfamilie »Stadt ist Region«
- 2 Auf zur Weser! Spaziergang über das ehemalige Werftgelände
- 3 Nach der Tagung zum Schiff: An der Wasserkante der Weser
- 4 Warten auf das Schiff zur Innenstadt
- 5 Eindruck vom Schiff: KELLOGG neben dem Stadtumbaugebiet Europahafen
- 6 Zu Beginn der Soiree auf dem Gut Varrel
- 7 Mit dem Bremen-Bus ins niedersächsische Stuhr



7

R 3

REPORTAGE

UNSERER
KINDER
WEGEN.

Bildungslandschaften
im Wachsen

—
Vom Austausch in der
Projektfamilie
Bildung im Quartier

—
koopstadt-Exkursion zur Friedrich-Wanderer-
Schule im Nürnberger Westen. Im Austausch
stehen unter anderem: Birgit Glorius, Leipzig
(1. v. l.); Johanna Kraft, Nürnberg (2. v. l.) so-
wie Hannelore Weidmann, Nürnberg (2. v. r.);
Günter Ebert, Nürnberg (4. v. r.); Anne Lüking,
Bremen (7. v. r.)



INVESTIEREN IN DIE LEBENSGRUNDLAGE EINER STADT. IM BREMER WESTEN

Um Kinder stark zu machen für die Welt, bedarf es vor allem Liebe. Die äußert sich in vielfältiger Weise und reicht vom einfachen ›Für-sie-da-sein‹ bis hin zum Weitergeben von Wissen, von der warmen Mahlzeit bis hin zu komplexen Konzepten für ganze Bildungslandschaften, die auch dann ein Kind zu halten vermögen, wenn den eigenen Eltern die Kraft, das Geld oder die Liebe fehlen.

Ein Regentag in Bremen, Mai 2011.

Vom Fenster ihres Büros im siebenten Geschoss aus kann Anne Lüking weit über Bremen sehen. Wir besuchen die Referatsleiterin an ihrem Arbeitsplatz im Haus der Senatorin für Bildung und Wissenschaft. Sie ist verantwortlich für Schulstandortentwicklung, unter anderem. Manchmal stehen auch Eltern von Schülern in ihrem Büro. Hinter den farbigen Bildern an der Wand vermuten wir einen großen zeitgenössischen Namen, trauen uns aber nicht zu fragen, gewisse Künstler kennt man einfach. Später stellt sich heraus, die Drucke stammen von Gröpelinger Grundschulkindern.



— Anne Lüking in ihrem Büro bei der Bremer Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Da sind wir schon mitten im Gespräch über diesen Stadtteil, Gröpelingen, dessen Vergangenheit sich vor dem Hintergrund großer Häfen und Industriegebiete abgespielt hat. Nach der Schließung der AG Weser und dem Niedergang der Werftindustrie wurde er soziales Problemgebiet, zwischen 1990 und 2008 dann mit Hilfe städtebaulicher Förderprogramme saniert. Heute gibt er sich jung und bunt, ist aber von hoher Erwerbslosigkeit und verfestigten Armutsmilieus, einer schwachen lokalen Wirtschaft und Migrationsproblemen gekennzeichnet.

In Gröpelingen entsteht eines von drei Bremer Quartiersbildungszentren (QBZ). Das QBZ Robinsbalje im Stadtteil Huchting arbeitet bereits, das QBZ Blockdiek an der Düsseldorfer Straße befindet sich gerade im Aufbau. Robinsbalje und Blockdiek versorgen mit der räumlichen Reichweite einer Grundschule etwa 3.000 bis 5.000 Einwohner.

Das QBZ Gröpelingen dagegen wird sich auf den gesamten Stadtteil mit seinen 35.000 Menschen beziehen, im Grunde also ein Stadtteilbildungszentrum sein, in dem die gesamte hiesige lokale Bildungslandschaft organisiert wird. Denn hier bedarf es aufgrund der sozialen Problemlagen noch viel mehr als anderswo Strukturen, die ein lebenslanges Lernen koordinieren und in direktem Bezug zum Stadtteil stehen. Eine Projektgruppe kümmert sich seit Herbst 2010 darum, gesteuert vom Bildungsressort. Sie arbeitet im Rahmen des Bundesprogramms »Lernen vor Ort«.

Anne Lüking lädt uns in ihr Auto, wir fahren nach Gröpelingen.

Die Schule an der Fischerhuderstraße ist ein mächtiger Gründerzeitbau, der sichtlich eine Sanierung nötig hat. Die Projektgruppe Gröpelingen sitzt im obersten Stockwerk der fast hundertjährigen Schule. Projektleiter Dr. Lutz Liffers und sein Team arbeiten mit einem Netzwerk von Initiativen, Institutionen und Trägern; die Schlüsselpersonen kennen sich aus den Zeiten der Stadtteilsanierung. Zu den Steuerungsinstrumenten, die das Team entwickelt, gehören auch Vereinbarungen und Verträge zwischen verschiedenen Ressorts – drei allein sind für Bildung zuständig: das Bildungsressort für die Schulen, das Sozialressort für die Kindertagesstätten (KiTas) und das Kulturressort für kulturelle Bildung; wichtig sind aber auch andere wie die Ressorts Bau, Arbeit und die nicht kommunalen Träger.

In Gröpelingen entwickle sich die Lebensgrundlage Bremens, sagt Lutz Liffers. Deshalb sei es sinnvoll, in die Qualität von Bildung zu investieren und wichtig, rassistischen Denkstrukturen entgegenzusteuern. Etwa 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler des Hauses haben einen Migrationshintergrund, viele leben in dritter Generation von Transferleistungen. Sie sind es vor allem, die keine oder niedrige Bildungsabschlüsse erreichen.

Die Umgestaltung des Hauses zur gebundenen Ganztagschule und der Aufbau des neuen QBZ sind – wie in Robinsbalje und Blockdiek auch – zunächst zwei verschiedene Prozesse, die aber bewusst miteinander verknüpft werden und Synergien bilden sollen. Es geht dabei nicht nur um das gemeinsame Entwickeln von Raumkonzepten – wie beim geplanten zweigeschossigen Neubau auf dem Schulhof – sondern auch um das Finden gemeinsamer Themen und Ziele. Die Themenfelder drehen sich um Spracherwerb und -förderung, um Sport, Bewegung und Gesundheit, Elternarbeit, Qualifizierung der Akteure, Bildungsberatung, kulturelle Bildung, Integration.



— Kurz vorm Essen in der neuen Mensa von Grundschule und Quartiersbildungszentrum Robinsbalje im Bremer Stadtteil Huchting

Mit einem Neubau bekommen gemeinsame Konzepte ein Bild aus Stein, Glas und Farbe, sind mit einem Blick zu erfassen, werden greifbar. Die Mensa im Erdgeschoss, die für den Ganztagschulbetrieb notwendig wird, kann man sich als Ort der Begegnung in Gröpelingen vorstellen, mit Elterncafé am Vormittag und Vorträgen oder Tanz am Abend. Auch die Räume für das QBZ im Geschoss darüber, für Büros, Beratung, Betreuung und Veranstaltungen, werden außerhalb und unabhängig vom Schulbetrieb nutzbar sein. Soviel Zeit muss sein, Stippvisite in der Galerie Roter Hahn, dem Herkunftsort der farbigen Drucke im Büro von Anne Lüking. Im Kinder- und Jugendatelier des Vereins Kultur Vor Ort wird mit Farben, Ton und allerlei anderem Material hantiert. Jede Menge Kunst ist zu sehen, Kinderbilder, Fantasietiere, und lange Reihen von Postkarten, mit Klammern an Schnüren befestigt. Postkarten mit dem Titel »Gröpelingen liebt Dich« – als Motive haben

die Kinder Orte verwendet, die ihnen den Stadtteil lebenswert machen: der Spielplatz, die Eisdiele, die Fatih-Moschee. Kinder brauchen Kunst, sagen die Macher in der Galerie, um zu wachsen und stark zu werden.

Wir möchten gern noch ein Quartiersbildungszentrum sehen, das man schon mal anfassen kann, das erste in Bremen, Robinsbalje in Huchting, einem Stadtteil mit 30.000 Menschen und ähnlichen sozialen Problem wie in Gröpelingen. Robinsbalje ist ein Netzwerk rund um Grundschule und Kindertagesstätte. Das QBZ gestaltet unter anderem den Übergang von der KiTa zur Grundschule, und es verknüpft Ganztagschule und Quartier. So enthält der im Herbst 2010 fertiggestellte Neubau Räume für die Ganztagsgrundschule und das Quartiersbildungszentrum gleichermaßen; er ist ein Treffpunkt für Eltern und Kinder.

Im Erdgeschoss schauen wir in die Mensa, die 500 Essen täglich ausgibt: eine fröhliche Reihung von Tellern und bunten Bechern; der Saal kann auch für private Feiern genutzt werden. Im Obergeschoss findet man unter anderem den Schularzt, die Säuglingsberatung, Räume für Integrationskurse, Elternbildungsangebote und Schuldnerberatung.



— Anne Bock, die neue Managerin im Bremer Quartiersbildungszentrum Robinsbalje

Mütter, manche mit Kopftuch, basteln gerade an bunten Zuckertüten. Im Gymnastikraum begegnet uns Anne Bock, die neue Managerin des QBZ. Man hat lange nach einer geeigneten Leiterin gesucht. Was ihre erste Amtshandlung gewesen sei? Mit allen Partnern des neuen Zentrums zu sprechen. Dazu gehören beispielsweise die KiTa Bremen, der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, das Haus der Familie.

NONNE SEIN FÜR DIESE ARBEIT. IM NÜRNBERGER WESTEN

Ein koopstadt-Workshoptag in Nürnberg, Juni 2011.

Hitze und der Reiz scheinbar endlos vieler freier Räume auf dem ehemaligen AEG-Gelände. Das Unfertige, Im-Werden-Begriffene par excellence. Die Einstiegsreferate sind zu Ende.

Eine nachmittägliche Radtour führt die Teilnehmer vom Tagungs-ort Zentrifuge, einem Experimentier- und Ausstellungsraum auf dem Gelände, zunächst zu einem potenziellen Ort kultureller Bildung. Die künftige Kulturwerkstatt Auf AEG soll in der früheren Produktionshalle 3 entstehen und zu einem Leuchtturmprojekt kultureller Bildung im Nürnberger Westen werden, das fest mit

dem Stadtteil verwurzelt ist. Das braucht dieses Quartier mit seinen vielschichtigen Problemen wohl auch. Untergebracht werden sollen hier ein städtisch betriebener »Kulturladen« für den Stadtteil und viele andere Einrichtungen wie zum Beispiel die Akademie für Schultheater und Theaterpädagogik Bayerns, das Centro Español (einer der ältesten Migrantenvereine Deutschlands), außerdem die schon lange benötigte Zentrale der Musikschule Nürnberg und ein KinderKunstRaum als Einstieg in eine geplante Kinder- und Jugendkunstschule. Seit 2008 leistet das »Kulturbüro Muggenhof« des Amtes für Kultur und Freizeit erfolgreich die Aufbauarbeit für dieses Projekt.

In der leeren Halle flattert eine Taube, und der weite Raum beflügelt sofort die Fantasie. 4.400 Quadratmeter auf zwei Geschossen ermöglichen einen gewaltigen Zuwachs an Bildungskapazität für die Nürnberger Weststadt. Die Investitionsgesellschaft MIB besitzt und vermarktet das AEG-Gelände seit 2007. Sie ist bereit, der Kommune die Halle zu verkaufen. Für Kauf und Umbau rechnet man mit zehn Millionen Euro, rund zwei Drittel davon sollen durch Fördergelder abgedeckt werden. Wie so oft sind allerdings die laufenden Personal- und Betriebskosten ein noch ungeklärtes Problem, sie werden mehr als eine halbe Million Euro jährlich betragen.

Danach sind die Teilnehmer für zwei Stunden auf getrennten Radrouten unterwegs. Während sich die eine Gruppe auf den Weg zum Familienzentrum Reutersbrunnen aufmacht, fahren wir zur Friedrich-Wanderer-Schule und dem benachbarten Kinderhort Wandererstraße im Stadtteil Muggenhof/Eberhardshof. Zwischen stark befahrenen Verkehrsachsen gelegen, wirken Grundschule und Hort mit Garten und Spielhof wie eine relativ grüne, geschützte Insel. Günter Ebert, der in Nürnberg als Koordinator Schule/Jugendhilfe im Geschäftsbereich Schule arbeitet, stellt den Ort vor. Schule und Hort leisten zusammen mit dem Kindergarten am selben Standort eine engagierte pädagogische Arbeit. Dazu gehört ein intensives Einschulungsmanagement beim Übergang von der KiTa in die Grundschule. Relativ hoch ist zudem die Übertrittsquote in weiterführende Schulen, sie liegt bei 56%. Wir brauchen mehr Zeit für die Förderung und Betreuung in den Schulen, sagt Günter Ebert, denn hier finden auch Persönlichkeitsstabilisierung, Nachteils- und Sozialausgleich statt.

Im Hintergrund tönt Lärm, die Baustelle ist derzeit das größte gemeinsame Projekt von Schule und Hort. Im Zuge von energetischer Sanierung und Brandschutzertüchtigung entstehen zusätzliche Räume für Mittagsbetreuung, Hausaufgabenerledigung und Freizeit. Es seien die zarten Anfänge für mehr ganztägige Schulkinderbetreuung auf dem Gelände. Die wird vor allem dort gebraucht, wo Eltern das nicht leisten können.

Schulleiterin Johanna Kraft und Hortleiterin Hannelore Weidmann laden ins Haus. Die Baustellengeräusche vermischen sich mit dem Stimmengewirr der Kinder. 470 Schülerinnen und Schüler lernen hier, über 70% der Kinder haben einen Migrationshintergrund, vertreten sind 20 verschiedene Nationen. Die Workshopteilnehmer sitzen nun in einem Raum auf kleinen Stühlen, in dem Fahnen gebastelt und Ländern zugeordnet werden – die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen hat gerade begonnen. Etwa 220 Schüler nutzen Hort oder Mittagsbetreuung. Die Kombination der Einrichtungen macht den Ort zu einem Gestaltungsbereich intensiver Kooperationen. Die Zuständigkeiten sind, beispielsweise bei der Mittagsbetreuung, nicht immer klar geregelt, aber Absprachen und Zusammenspiel funktionieren. Man wünschte sich weniger bürokratische Hürden. Denn wer wofür zuständig ist, interessiert Eltern und Kinder weniger als die Qualität und Zugänglichkeit der Bildungs- und Betreuungsangebote.



—
Managt Kooperation und guten Unterricht:
Johanna Kraft, Schulleiterin
der Friedrich-Wanderer-
Schule

Die Lehrkräfte der Wanderer-Schule kooperieren mit 13 Kindergärten des Stadtteils, 3 Horten, außerdem mit Jugendsozialpädagoginnen, mit Stadtbücherei, Sportvereinen, mit den Arbeitskreisen im Stadtteil und nicht zuletzt mit den Eltern. Hier gilt offenbar die Devise, die auf einer der Workshop-Folien stand: Kein Kind, kein junger Mensch darf verloren gehen.

Die Lehrer kommen bei dieser Kooperationsarbeit an die Belastungsgrenze. Johanna Kraft hat manchmal Angst, dass die Qualität des Unterrichts darunter leiden könnte, der nun einmal die schulische Kernaufgabe sei. Die Schule werde aber vom Hort sehr gut unterstützt. Der greife sachliche Themen auf. Geht es im Unterricht beispielsweise um das Thema Wiese, finden sich im Hort ehrenamtliche Betreuer, die mit den Kindern eine Kräuterspirale bauen. Die Kinder haben nicht das Gefühl, in getrennte Einrichtungen zu gehen. Kinderhort und Kindergarten arbeiten nach dem Konzept integrierter Familienarbeit des Nürnberger Jugendamtes und sind eine »Kindertageseinrichtung als Ort für Familien«. Eltern sind willkommen. Sie lesen Zeitung, leihen sich Bücher aus, stellen ihre Heimat vor. Werden angeregt und ermutigt, sich mit ihrem eigenen Erfahrungsschatz, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten einzubringen. Das hilft ihnen, selbstbewusst zu werden und ermöglicht letztlich auch, geringe finanzielle Mittel zu kompensieren. Aus kommunalem Haushalt wird die Arbeit mit den Familien lediglich mit 3.000 Euro jährlich gefördert.

Ralf Elsässer vom Quartiersmanagement Leipziger Osten fragt nach der Motivation der Lehrer und Erzieherinnen. Sie täten es der Kinder wegen. »Die Kinder kommen gern, sind offen und fröhlich, fühlen sich hier einfach gut aufgehoben«, sagt Johanna Kraft. Draußen vertraut sie der Leipzigerin Birgit Glorius vom Amt für Jugend, Familie und Bildung an: »Man müsste eigentlich Nonne sein, um diese Arbeit zu machen, frei von jeglichen anderen Verpflichtungen...«

Zurückgekehrt zum Tagungsort Zentrifuge, treffen wir auf die Teilnehmer, die das Familienzentrum Reutersbrunnen besucht haben. Sie berichten von einem Neubau mit hellen freundlichen Räumen, die flexibel und multifunktional genutzt werden können. Bildung ist nicht zuletzt von Räumen abhängig: sie braucht gute Orte. Reutersbrunnen ist eines von bislang sieben Familienzentren in Nürnberg. Während bei den Nürnberger »Kindertageseinrichtungen als Ort für Familien«, also beispielsweise dem Kinderhort und Kindergarten Wandererstraße, einzelne familienintegrative Maßnahmen im Rahmen der KiTa umgesetzt werden, bieten »Kindertageseinrichtungen als Familienzentren« ein erweitertes,

systematisiertes, regelmäßiges und verlässliches Angebot. Die KiTa wird so zum Treffpunkt für Familien im Stadtteil, bietet niederschwellige Angebote und Orientierungshilfen.

Im interkulturellen Familienzentrum Reutersbrunnen gibt es einen Kindergarten und zwei Horte – insgesamt Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebote für 220 Kinder im Alter von zwei bis zehn Jahren, die die ganze Familie ansprechen. Eltern und Ehrenamtliche sind eingebunden, aber auch die Institutionen im Stadtteil, Ausbildungsstätten und das Jugendamt.

Die Angebote sind vielfältig. Fußball und Kino, Zahlenland und Hausaufgabenbegleitung, Englischkurse, Bibliothek und Theaterpiel für Kinder gehören ebenso dazu wie Gesprächskreise und Café für Eltern sowie Eltern-Kind-Kurse, Haus- und Gartenvermietung, Spiel- und Bücherverleih, Frühstück oder Trödelmarkt für Familien. Beeindruckt, weil keineswegs selbstverständlich, habe sie hier das große Engagement und das Mittun der Eltern, sagen mehrere Workshopteilnehmer übereinstimmend.

VON PLÜSCHOHRENPROJEKTEN UND MUTMACH-TONALITÄT. REFLEXIONEN

Der zweite koopstadt-Workshoptag in Nürnberg.

Den Vergleich zu verbalisieren und zu diskutieren, macht das Geschehen erst spannend. Die Leipziger und Bremer Teilnehmer geben ihren Nürnberger Kollegen ein Feedback des Wahrgenommenen. Gemeinsamkeiten, Unterschiede, wahrgenommene Auffälligkeiten. Anne Lüking aus Bremen stellt fest, dass die Rahmenbedingungen in den drei Städten sehr ähnlich seien, Probleme im Quartier, eine hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere in Bremen und Nürnberg ein hoher Anteil an Migranten. Vor allem im Westen der Republik hätten sich die Familienstrukturen stark geändert. Alle drei Städte erprobten sich in einem benachteiligten Quartier und in allen drei Städten sei der politische Wille erklärt oder in Aussicht gestellt.

Das engagierte Zusammenarbeiten von Schule, Hort und Kindergarten in der Friedrich-Wanderer-Schule habe sie beeindruckt. Sie wünsche sich, dass überall die Akteure von »unseren Kindern« sprächen. Als Problem sieht sie, dass es für diese »riesengroße Zusatzaufgabe« einer umfassenden Kooperation keine Entlastungsstunden und wenig Ressourcen gibt. Und sie sagt: »Was passiert, wenn sich zwei nicht so gut verstehen?« Die Verstetigung von ressortübergreifender Zusammenarbeit und Kooperationsstrukturen müsse wahr- und wichtig genommen werden.

Ralf Elsässer ist beeindruckt von der Art und Offenheit der Kooperation zwischen den verschiedenen Ämtern auf Arbeitsebene »Ist das immer so?« Wie schon bei vorangegangenen Treffen hatten am Vortag die Nürnberger Vertreter verschiedener Geschäftsbereiche mit wechselseitiger Bezugnahme aufeinander referiert.

> koopstadt korrespondiert mit dem Bundesprogramm »Lernen vor Ort« (LVO) und will sich in den bundesweiten Diskurs zum Thema einbringen. »Lernen vor Ort« ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen. Zu den 40 im Programm geförderten Kommunen gehören auch die Städte Bremen/Bremerhaven, Leipzig und Nürnberg. Es geht darum, ganzheitliche Konzepte für ein lebenslanges Lernen und ein zusammenhängendes Bildungsmanagement vor Ort zu entwickeln. Kommunale »Bildungslandschaften« sollen unter anderem den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbenachteiligung durchbrechen.

—
Quelle und Literaturempfehlung:

> www.familienzentren.nuernberg.de
> Liffers, Lutz, Entwicklungssynergien Quartiersbildungszentrum Gröpelingen und Ganztagschule Fischerhuderstraße, Skizze im Auftrag der deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Serviceagentur Bremen, August 2010

Bei der Vorstellung der Konzeptentwicklung sei ihm inhaltlich eine Konzentration auf »Wohlfühlziele« aufgefallen.

In Leipzig führe man diese Diskussion auch und sähe darin eine mögliche Gefahr von Bequemlichkeit und Versorgungsmentalität. Man wolle deshalb weg von zu vielen »Plüschohrenprojekten«. So nennt er Veranstaltungen, in deren Mittelpunkt vornehmlich kulturelle Konsumtion und Beschäftigungsangebote stehen. Vielmehr wolle man in Leipzig verstärkt auf Anforderungen setzen. Auf Projekte, die ein aktives, eigenverantwortliches Agieren und Eigenschaften wie Durchhaltevermögen, Konsequenz und Disziplin befördern, die den Kindern eine Lebensperspektive ermöglichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort sei aus ostdeutscher Sicht eher selbstverständlich, nicht aber diejenige zwischen Schule und KiTa, wie sie in Nürnberg praktiziert wird, und auch nicht das Einbeziehen von Jugendsozialarbeitern.

Birgit Glorius sowie Annelie Helbing, Direktorin der Klinger-Schule in Leipzig-Grünau, ist ebenfalls das gute Übergangsmanagement vom Kindergarten zur Grundschule aufgefallen, dieses intensive und engagierte Eingehen auf die Bedürfnisse der Kinder schon vor der Schule, außerdem die enge Zusammenarbeit mit den Eltern. »Hut ab vor dieser Arbeit...«, sagt Annelie Helbing. Man wolle sich davon etwas anschauen, denn das gehöre zu den Zielen, denen sich auch die Initiative »Campus Grünau« verschrieben habe. »Campus Grünau« ist ein Leipziger Projekt; die Akteure versuchen dabei, durch Kooperationen der Einrichtungen, durch Modellprojekte und hohe Bildungsziele den Leipziger Stadtteil Grünau als Bildungsstandort zu profilieren.

Professor Thomas Olk von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg liefert die wissenschaftliche Perspektive, denn er begleitet die Entwicklung der Lern- und Bildungslandschaft im Nürnberger Westen mit einem Forschungsprojekt. Fragen und erste Thesen aus seiner Studie systematisieren, was die Teilnehmer gerade unmittelbar erlebt haben. Er geht auf die Ebenen ein, auf denen Bildung verhandelt wird, und auf die Spannung an den Schnittstellen zwischen Land, Kommune und Quartier.

Hinter Bildungsmanagement stehe immer auch etwas Konzeptionelles im Kopf aller Beteiligten. Darüber müsse man sich austauschen. »Sonst versteht man nicht, warum man sich nicht versteht.«

Später entwickelt sich die Diskussion um eine mögliche Zukunft der koopstadt-Projektfamilie. Man wünscht sich mehr Zeit, um noch konkreter, gründlicher und systematischer in bestimmte Themen einzusteigen, würde gern vom Sammel- zum Produktionsprozess kommen. Auch von einer möglichen Debatte über Strukturen und Rahmenbedingungen einer gelingenden Städtekooperation ist die Rede.

Für Anne Lüking wäre es spannend, zu beobachten, wie sich Kooperationsstrukturen weiter entwickelten. Gut fände sie, weiterhin das Wissen der Akteure vor Ort zusammenzuführen und zu vergleichen. »Wir befinden uns in ähnlichen Phasen, können uns gegenseitig anregen und Mut machen.« Von Mutmach-Tonalität, die im Gespräch entstehe, reden auch andere Diskussionsteilnehmer. – Dazu mache man ja koopstadt, sagt Moderatorin Iris Reuther. Deshalb sei es sinnvoll, den Prozess und den Austausch auch nach 2012 fortzusetzen.

Um sich zu bilden und zu ermutigen, der Kinder wegen. ah

—
Ein Ort kultureller Bildung
im Nürnberger Westen:
Die künftige Kulturwerkstatt
will Auf AEG einziehen



I

INTERVIEW

MAN MUSS GESELLSCHAFT MITNEHMEN

>>> Wer von der Olk-Studie spricht, meint das Forschungsprojekt »Educational Governance – Kommunale Bildungslandschaften«. Das Projektteam um Thomas Olk analysiert im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. in den Städten Bremen, Bremerhaven, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Mannheim und Nürnberg dialogische Kooperationsverfahren für eine bessere Bildungspolitik.

Geklärt werden soll bei dem dreijährigen Vorhaben, unter welchen Bedingungen zwischen verschiedenen Akteursgruppen und sozialen Milieus auf unterschiedlichen Ebenen Kooperation und Vernetzung entstehen. Welche Strukturen und neue Formen von Institutionalisierung und Vernetzung eignen sich, das Thema »Bildung« stark zu machen und sozialräumlich zu verankern? Im Vordergrund der Studie stehen dabei Prozesse des Beratens und Unterstützens.

Eingebunden ist Thomas Olk auch in das Projekt »Lernen vor Ort« in Leipzig. Er hat hier unter anderem die erste Leipziger Bildungskonferenz 2010 sowie im April 2011 eine Strategiewerkstatt zum Leipziger Osten begleitet.

koopBLATT Was verstehen Sie unter Educational Governance?

Thomas Olk Bei Governance geht es um neue Formen der Steuerung und des Regierens. Denn die bislang übliche Praxis einer hierarchischen staatlichen Steuerung über Gesetze, Erlasse und Verordnungen funktioniert zunehmend nicht mehr. Governance befasst sich mit der Handlungskoordination unterschiedlicher Akteure bei der Produktion eines Gutes. Bei Educational Governance im engeren Sinne geht es um das Gut Bildung. Wie wird dieses Gut eigentlich produziert? Eine Vielzahl von Akteuren agiert dabei auf den Ebenen von Land, Kommune und Quartier, wir sprechen auch von einem Mehrebenensystem. Und es bedarf mehr als der staatlich-öffentlichen Instanzen, um Bildung zu produzieren – Staat, Markt und Zivilgesellschaft müssen hier in einem Netzwerk zusammen wirken. Governance umfasst verschiedene Formen und Educational Governance interessiert sich dafür, wie diese bei der Produktion von Bildung verknüpft sind. Neben der Hierarchie gibt es auch den Markt oder die Steuerung durch Gemeinschaft, also etwa die Gemeinschaft der Lehrer, die sich nicht nur an Erlassen orientiert, sondern auch an professionellen Werten und Kompetenzen. Und es gibt die Verhandlung in Netzwerken. Das deutsche Schulsystem ist ja überwiegend staatlich.

— Prof. Dr. Thomas Olk, 59, studierte Soziologie und Erziehungswissenschaften. Er forscht seit Mitte der 1990er Jahre unter anderem zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe. Derzeit leitet er an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine Studie zu Educational Governance-Strategien in sechs deutschen Großstädten.



Bildung ist Ländersache und es überwiegt traditionell die hierarchische Steuerung. Das muss aber nicht so sein. Im amerikanischen System beispielsweise ist die Schule mehr eine zivilgesellschaftliche Einrichtung, deren Gremien durch örtliche Organisationen und Bürger mit vielen Entscheidungsbefugnissen besetzt sind.

kB Die hierarchische Steuerung hat hierzulande bislang dominiert. Nun verliert sie an Bedeutung. Das ist ein Prozess, der sich ganz allmählich vollzieht – wodurch ist er ausgelöst worden?

TO In den 1970er Jahren gab es in Westdeutschland eine große Euphorie und ein großes Vertrauen in die Möglichkeiten des Staates, Gesellschaft und Wirtschaft zu steuern. Man hat damals gedacht, man könnte mit keynesianischer Defizitfinanzierung konjunkturelle Krisen ausgleichen. Aber das funktionierte nicht. Man ist gescheitert dabei und es gab eine große Ernüchterung über den Staat und seine Möglichkeiten. Der Staat hat nicht alles im Griff, die Materie ist zu komplex. Er ist darauf angewiesen, dass andere Akteure freiwillig, auch auf Augenhöhe, mit ihm verhandeln, damit Politik überhaupt umgesetzt werden kann. In allen Bereichen hat man inzwischen die Erfahrung gemacht: man muss Gesellschaft mitnehmen, verschiedenste Akteure in die Politik und in die Umsetzungsprozesse einbeziehen. Denn die haben oft das Spezialwissen, das man braucht, um überhaupt etwas erreichen zu können. Im sozialen Bereich sind das zum Beispiel die Wohlfahrtsverbände. Ohne ihr Wissen und ihre Kompetenz könnte man vieles gar nicht umsetzen. Und so ist das in vielen Politikbereichen.

Auch die Bürger sind anspruchsvoller geworden, sind gebildeter als früher, trauen sich zu, mitreden zu können, denken Sie nur an Stuttgart 21, und sie haben mehr Informationen. Das Internet trägt seinen Teil dazu bei. Wenn es um Planungsprozesse geht, wissen Bürger vielleicht sogar viel mehr als mancher Politiker. Auch in der Bildungspolitik mischen sie sich zunehmend ein. Wenn eine Schulschließung ansteht, wehren sie sich, gehen an die Medien, inszenieren geschickt Kampagnen und versuchen so, Entscheidungen zu beeinflussen. Das zeigt, dass Eltern zunehmend sensibel werden für bildungspolitische Entscheidungen. Sie merken, dass es sie und die Chancen ihrer Kinder direkt betrifft.

kB Welches sind für Sie die Schlüsselfragen bei der Entwicklung von Bildungslandschaften?

TO PISA hat uns gezeigt, dass zum einen der Bildungserfolg in Deutschland stark und mehr als in anderen Ländern von der sozialen Herkunft abhängt, und zum anderen, dass die Schulleistungen nicht hoch genug sind. Das hat eine breite gesellschaftliche Debatte darüber ausgelöst, wie man unser Bildungssystem gerechter und leistungsfähiger gestalten kann, beides. Da hat man gesagt, und das hat jetzt viel mit Governance zu tun, es kommt nicht so sehr darauf an, bei der Umsetzung im Detail alles über Gesetze zu regeln. Entscheidend ist vielmehr, dass die Ziele und Ergebnisse klar definiert werden, die alle erreichen müssen. Konsequenz war die so genannte Outputsteuerung über zentrale Leistungsstandards. Auf dem Weg dorthin aber soll es mehr Entscheidungsspielräume für die Akteure geben. Der Trend geht deshalb zur Autonomisierung der Einzelschule, das soll schrittweise umgesetzt werden. Denn die Bedingungen für die einzelne Schule sind sehr unterschiedlich. So hat es eine Schule in einem gut situierten bürgerlichen Stadtteil leichter, sie kann das gleiche Ergebnis mit viel weniger Aufwand erreichen. Man hat gesagt, der Schulleiter soll selbst ein Budget und mehr Entscheidungsbefugnis bekommen, vor allem, was das Personal angeht. Er soll die

Schule gemäß ihren besonderen Bedingungen inhaltlich profilieren können. Bisher konnte er das nicht, er hatte nur dafür zu sorgen, dass der Unterricht läuft. Das heißt aber auch, dass die Schule ein kleines Unternehmen wird. Der Schulleiter wird zum Manager. Es reicht nicht mehr, wenn er guten Unterricht gibt. Darauf sind natürlich viele Schulleiter noch nicht vorbereitet. Und es gab nach PISA die Erkenntnis, dass nicht nur Schule Bildung betreibt. Es gibt eine große Anzahl von Akteuren und Einrichtungen, die wir vorher gar nicht zu Bildung gezählt haben, und bei denen die Entscheidungsbefugnis auf kommunaler, nicht auf Landesebene liegt. Die muss man koordinieren und vernetzen.

kB Wie verhalten sich die Zuständigkeiten von Land und Kommune?

TO Die Kommunen haben auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe die Entscheidungskompetenzen, während sie im Bildungsbereich nur für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig sind, also für die Gebäude, die Kreide und den Hausmeister. Für die inneren Schulangelegenheiten, also die Inhalte und das Lehrpersonal, ist dagegen das Kultusministerium verantwortlich. Aber mit Blick auf die Ganztagschule ist auf einmal das, was die Kommune zu entscheiden hat, prozentual viel umfangreicher als vorher. Denn ganztags passiert nicht nur Unterricht, da kommen auch die Jugendverbände, die Musikschule, der Sportverein hinzu ..., die alle über die kommunale Ebene organisiert sind. Die alte Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten, diese herkömmliche Form der Steuerung zwischen Land und Kommune funktioniert nicht mehr. Die Abstimmung der Schule mit nichtschulischen Bildungseinrichtungen wird immer wichtiger. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb eine erweiterte Schulträgerschaft, mehr Kompetenzen und Verantwortung für die Kommunen im Bildungsbereich. Das heißt natürlich auch: mehr Geld.

kB Ihre Studie ist im Entstehen. Auf dem Nürnberger koopstadt-Workshop der Projektfamilie »Bildung im Quartier« haben Sie einige Fragen und Thesen vorgestellt. Eine Ihrer Fragen bezieht sich auf die Bedeutung von Bildung in der Stadtpolitik. Wird sie in den Städten unterschiedlich wahrgenommen?

TO Insbesondere in den großen Städten erkennt kommunale Politik die Bedeutung von Bildung zunehmend. Drei Argumente spielen dabei eine Rolle. Erstens ist misslungene Bildung eine kommunale Kostenfrage, schlägt sich in Hartz IV und Kriminalität nieder. Zweitens sieht man Bildung als Bestandteil der Wirtschafts- und Standortsicherungspolitik – und möchte gerne, dass das kommunale Bildungssystem an die Nachfrage der regionalen Wirtschaft angepasst wird. Standortattraktivität hängt auch vom Qualifikationsprofil der Bevölkerung ab. Drittens will man Bildungsungerechtigkeit abbauen. Auf der Ebene der Landkreise, auch in manchen kleineren Städten, ist das aber oft noch nicht so angekommen. Obwohl das gerade in Landkreisen, die von Bevölkerungswegzug betroffen sind, eine zentrale Frage sein müsste. Wie können wir die Leute hier halten? Das können wir nur, wenn Arbeitsplätze da sind und attraktive Bildung. Vielleicht erkennen manche Politiker hinter dem Problemdruck noch nicht das dahinter liegende Thema Bildung.

kB Eine andere Frage ist die nach notwendigen Veränderungen in den Akteurskonstellationen, Verfahren, Maßnahmen und Strukturen. Wo sind aus Ihrer Sicht Veränderungen notwendig?

TO Zum einen kann man an den strukturellen Rahmenbedingungen etwas ändern, damit die Ressortkonkurrenz, das Fremdeln,

das Gegeneinander-Abgrenzen weniger Anhaltspunkte findet. Bestimmte Strukturen rufen Kooperationsbarrieren hervor, etwa die getrennte Aufteilung in ein Amt für Schule und in ein Amt für Kinder- und Jugendhilfe. Einige Städte wie Leipzig haben deshalb diese Bereiche schon zusammengelegt. Der geschickte Neuschnitt von Fachbereichen ist deshalb ein Punkt. Das Gleiche gilt für die Ausschüsse auf kommunaler Ebene. Bisher tagen der Kinder- und Jugendhilfeausschuss, der entscheidungsbefugt ist, und der Bildungsausschuss, der nur Empfehlungen aussprechen kann, getrennt. Man könnte die aber zusammen tagen und Planungen gemeinsam erörtern lassen. Außerdem könnten bestimmte inhaltliche Planungsaufgaben im Bildungsbereich besser auf kommunaler Ebene entschieden werden. So müssten Lehrer in Ganztagschulen in der Lage sein, auch mal die bisherige Rhythmisierung des Schullebens im 45-Minuten-Takt aufzugeben. Der wichtigste Punkt ist aber die Zuweisung des Personals. Da will die Kommune mitreden. Und man sollte die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen genauer überprüfen sowie die Möglichkeit, staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaften zu bilden. Das Problem ist ja, dass die Städte und Gemeinden in wichtigen Bereichen keine Entscheidungs- und Mitbestimmungsbefugnisse haben, aber die Folgen auf kommunaler Ebene deutlich werden.

kB In Ihren Thesen führen Sie auf, dass Bildung oft noch nicht konsequent als Bestandteil einer integrierten Stadtentwicklung gesehen und praktiziert wird. Wie könnte man das ändern?

TO Dass Bildung zunehmend mitgedacht wird, ist relativ neu und in den Plänen oft noch nicht so stark verankert. Die Schulentwicklungsplanung ist ein eigener Bereich der Planung, der sich ganz formal an der quantitativen Bedarfsplanung ausrichtet. Wir weisen jetzt darauf hin, dass Gestaltung einer Bildungsinfrastruktur auch Bestandteil einer Stadtteilentwicklungsstrategie sein kann, bei der ein bestimmtes Quartier für Bevölkerungsgruppen attraktiv gemacht wird. Im Leipziger Osten war ich im April 2011 zu einer Strategiewerkstatt eingeladen. Da wurde zu Recht gesagt, wir müssen jetzt hier mal ein Gymnasium ansiedeln. Man baut in der Stadt drei neue Gymnasien, eines davon muss in den Leipziger Osten, im Sinne von Aufwertung und Attraktivitätssteigerung. Die Quartiere mit ihren Lokalpolitikern kämpfen nun darum, diese Gymnasien zu bekommen. Ob der Leipziger Osten dabei gewinnt, ist offen. Natürlich kann man nicht einfach nur ein Gymnasium irgendwo hinsetzen. Man muss auch dafür sorgen, dass die Leute ihre Kinder dann hinschicken.

Man muss die Akteure sensibilisieren, die müssen ins Gespräch kommen. Das Wissen über den Zusammenhang von Bildung und Stadtentwicklung ist einfach oft noch nicht da. Die Experten des einen Ressorts wissen wenig darüber, wie die anderen eigentlich ticken. Dabei könnte man überlegen, wie man gemeinsam zu neuen Konzepten findet.

kB Sie sagen, dass die Entwicklung und Erprobung von Verfahren der Bürgerbeteiligung noch am Anfang stehen. Welche Rolle spielt die Bürgerbeteiligung?

TO In einer Stadtgesellschaft leben oft auf engstem Raum Gruppen mit ganz unterschiedlichen Wertvorstellungen und Lebensstilen zusammen. Diese Milieus muss man miteinander ins Gespräch bringen. Die sehen sich zwar, haben aber meistens gar nichts miteinander zu tun und sehr verschiedene Vorstellungen von Wohnen, Bildung und der Entwicklung eines Quartiers. Da muss es Verständigungsprozesse geben, das muss organisiert werden. Das ist diese Debatte: was ist für uns gute Stadtentwicklung; wie möchten

wir, dass das Stadtquartier sich entwickelt. Darüber hinaus haben bestimmte Gruppen möglicherweise niedrigere Ansprüche an Bildung, zeigen sich ihr gegenüber unsicher und verschlossen. Aber Bildung ist nun mal objektiv wichtig, insofern geht es da vor der Beteiligung erst mal um Aktivierung. Ich muss diese Leute für Bildung interessieren. Das ist schwierig, wenn man an bestimmte Migrantengruppen denkt, da muss man Leute aus derselben community haben, damit man glaubwürdig ist. In Mannheim hat man eine Türkin im Team, zu der bauen diese Leute viel eher Vertrauen auf.

Die bürgerlichen Mittelschichten sind ja, wenn es um Fragen von Stadt und Bildung geht, sofort aktiv, das zeigt das Beispiel Hamburg. Als es um die Schulreform ging, haben sie sich machtvoll artikuliert, und die anderen haben geschwiegen. Wichtig ist aber, auch die anderen ins Boot zu holen. Dass man geeignete Verfahren der Beteiligung entwickelt, wo diese Leute nicht nur reden müssen, das können sie nämlich nicht so gut, sondern ihre Wünsche anders artikulieren können. Das erfordert eine professionelle Moderation, das muss man inszenieren. Da kann man nicht einfach eine Bürgerversammlung machen, das reicht nicht aus. Beteiligung ist im Bildungsbereich bisher noch nicht so weit verbreitet. Aber die Bürger von vornherein mit einzubeziehen, halten wir für wichtig.

kB Geben Sie bitte ein Beispiel für die Empfehlungen, die Sie in Ihrer Arbeit aussprechen werden.

TO Man erkennt, wenn von der politischen Spitze das Problem wahrgenommen und von dorthier auch gesteuert wird – wir sprechen da von Leadership – dann kann man die Ressorts ins Boot holen. Wenn das fehlt, dann müssten sich die Ressortchefs untereinander und auf Augenhöhe einigen. Das ist unwahrscheinlicher, wenn die Spitze das nicht in Gang setzt und die Hand darüber hält. Da, wo der Oberbürgermeister eine klare Gesamtsicht entwickelt, eine Vision für die Gesamtstadt, und auch den politischen Willen, das zu verknüpfen, ist es leichter, das umzusetzen. Auf der gesamtstädtischen Ebene ist die ressortübergreifende Kooperation zwischen Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialem, Wirtschaft und Beschäftigung sowie Stadtentwicklung wichtig und noch lange nicht genügend ausgeprägt. Die Eigenlogik der Geschäftsbereiche ist gerade in großen Städten so stark ausgebildet, dass die Kooperation schwer ist. Zu den Quartieren hin wird es leichter, auf der Arbeitsebene, wenn die Chemie stimmt.

kB Welches ist Ihre bislang bedeutendste Erkenntnis aus dem Projekt?

TO Der Anspruch, das Bildungsmanagement auf städtischer Ebene zu verbessern, ist sehr hoch und bedarf einer erheblichen Zeitspanne für seine Umsetzung, man rechnet so mit zehn Jahren. Deswegen ist es wichtig, dass Programme wie »Lernen vor Ort« und andere einen längeren Atem entwickeln. Diese Prozesse erfordern ein Umdenken, und das braucht einfach Zeit. Das Projekt koopstadt verkörpert diesen Anspruch ja konkret. Da versuchen drei Städte, diese Prozesse voranzutreiben, sie lernen voneinander. Natürlich wäre es auch da schön, nicht nach drei Jahren aufhören zu müssen.

kB Welche Anregungen haben Sie persönlich aus dem Nürnberger koopstadt-Workshop mitgenommen?

TO Der Erfahrungsaustausch und die intensiven informellen Gespräche, die Vernetzung in der Szene, das war für mich wichtig. In kurzen Formaten hat man oft nicht die Zeit, Dinge zu vertiefen.

–
Das Interview für koopBLATT führte Antje Heuer.

»Man müsste eigentlich Nonne sein, um diese Arbeit zu machen, frei von jeglichen anderen Verpflichtungen ...«

–
Johanna Kraft
Schulleiterin der
Friedrich-Wanderer-
Schule Nürnberg

WORK SHOP

NÜRNBERG

>>> Die Projektfamilien »Bildung im Quartier« und »Zwischennutzung als Normalfall der Stadtentwicklung« trafen sich im Juni 2011 in Nürnberg bereits zum dritten Mal. Beim ersten Treffen im November 2009 in Bremen tauschten sich die Teilnehmer darüber aus, wie sich Bildungsnetzwerke in Stadtteilen am besten profilieren bzw. wie sich Zwischennutzungen in brach gefallenen Räumen und Flächen etablieren können. Im Juni 2010 begann dann in Leipzig der systematische Vergleich von Strategien, Methoden und Instrumenten. Daraus entstanden erste Skizzen für Positionspapiere der Projektfamilien, die in Nürnberg erneut diskutiert und ergänzt wurden.

Zugleich bot der Veranstaltungsort auf dem ehemaligen AEG-Gelände in der Weststadt die Gelegenheit, mit beiden Projektfamilien entsprechende Standorte zu besichtigen und Gespräche mit Akteuren vor Ort zu führen. Das erhöhte die Anschauung, beförderte den offenen Austausch und die gegenseitige Ermutigung. Nun will man einen Weg finden, die gemeinsamen Positionen noch deutlicher zu formulieren und an den eigenen Ansprüchen zu messen. Und man ist fest entschlossen, sich bald wieder vor Ort über den Fortschritt bei der Entwicklung und Anwendung neuer Methoden und Instrumente auszutauschen. ir

–
Familienbild mit Fahrrad



WORK SHOP

NÜRNBERG



1

Impressionen

1
Workshoptag der Projektfamilie
»Zwischennutzung als Normalfall
der Stadtentwicklung«

2
Gemeinsam mit dem Rad unterwegs:
Bei der mobilen Bürgerversammlung
des Nürnberger Oberbürgermeisters
am Wöhrder See

3
Projektfamilie »Bildung im Quartier« zu
Gast in der Friedrich-Wanderer-Schule

4
Tagungsort Zentrifuge Auf AEG im
Nürnberger Westen

5
Teilnehmer der koopstadt-Workshops zu
Besuch in einer Holzbildhauerwerkstatt

6
Auf AEG: Teilnehmer der koopstadt-Work-
shops bei der Besichtigung des Geländes

7
Ort der künftigen Kulturwerkstatt Auf AEG



3



4



2



5



6



7

SCHAU PLATZ STADT

BREMEN



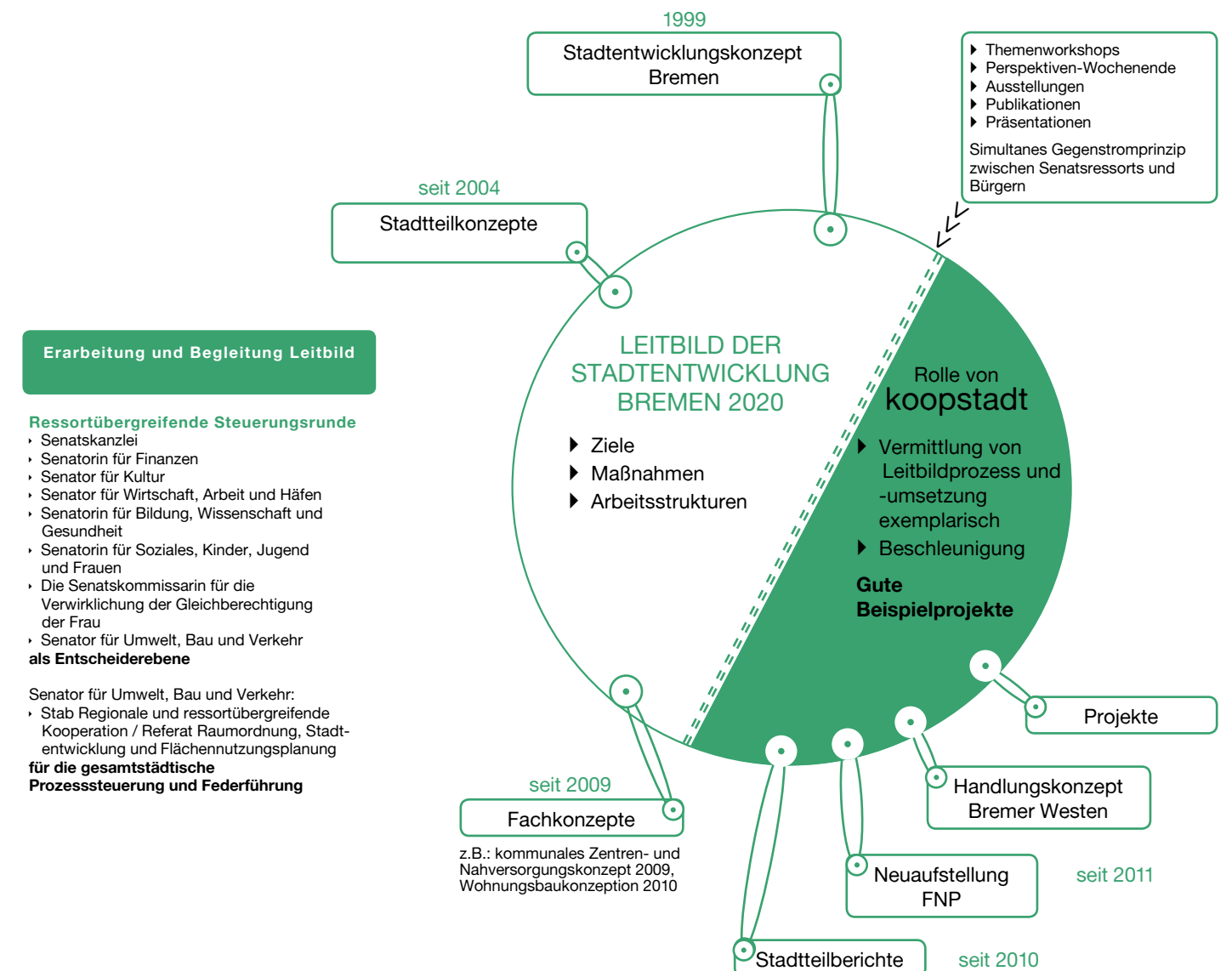
— Beschleunigung

— Die Projektsteuerung für koopstadt hat in Bremen die Stabsstelle Regionale und ressortübergreifende Kooperation/Referat Raumordnung, Stadtentwicklung, Flächen-nutzungsplanung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) inne. Dieses koordiniert die Arbeit mit weiteren Referaten, Ressorts und ist federführend für die Umsetzung des integrierten Leitbildes der Stadtentwicklung verantwortlich.

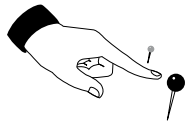
>>> Mit der Neupositionierung der bremischen Stadt- und Regionalentwicklung 2008 erarbeitete Bremen ein Stadtentwicklungsleitbild. Dieses sollte erstmals von Anfang an einen integrativen Ansatz der Stadtentwicklung verfolgen und neben den Fachressorts auch die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen (»Komm mit nach Morgen!«). Mit dem im Mai 2009 vom Senat beschlossenen Leitbild »Bremen! Lebenswert – urban – vernetzt« positioniert sich die Stadt nach innen und nach außen.

Parallel zur Arbeit am Leitbild der Stadtentwicklung Bremen 2020 wurden Fachkonzepte (u. a. kommunales Zentren- und Nahversorgungskonzept 2009 und Wohnungsbaukonzeption 2010) sowie mehrere Stadtteilberichte zu Schwerpunkträumen erstellt. Auch wird der Flächennutzungsplan neu aufgestellt.

Die Aufstellung und Umsetzung des Leitbildes wird durch eine ressortübergreifende Steuerungsrunde begleitet. 2011 wurde in Anlehnung an die Nürnberger Erfahrungen mit ressortübergreifenden Gebietsteams eine AG »Bremer Westen« ins Leben gerufen, die derzeit ein integratives Handlungskonzept für die Stadtteile Gröpelingen und Walle erarbeitet. koopstadt ist in Bremen eng mit den Zielen und Arbeitsstrukturen des Leitbildes verknüpft und hat die Aufgabe, den Umsetzungsprozess zu unterstützen. Bremer koopstadt-Projekte sind ausgewählte, gute Beispiele der Stadtentwicklung. Zugleich stellt koopstadt den städteübergreifenden Kontext her. Der Bremer Beitrag zu koopstadt spiegelt exemplarisch die Arbeitsweise, die Beteiligung und die Umsetzung des Leitbildprozesses wider.



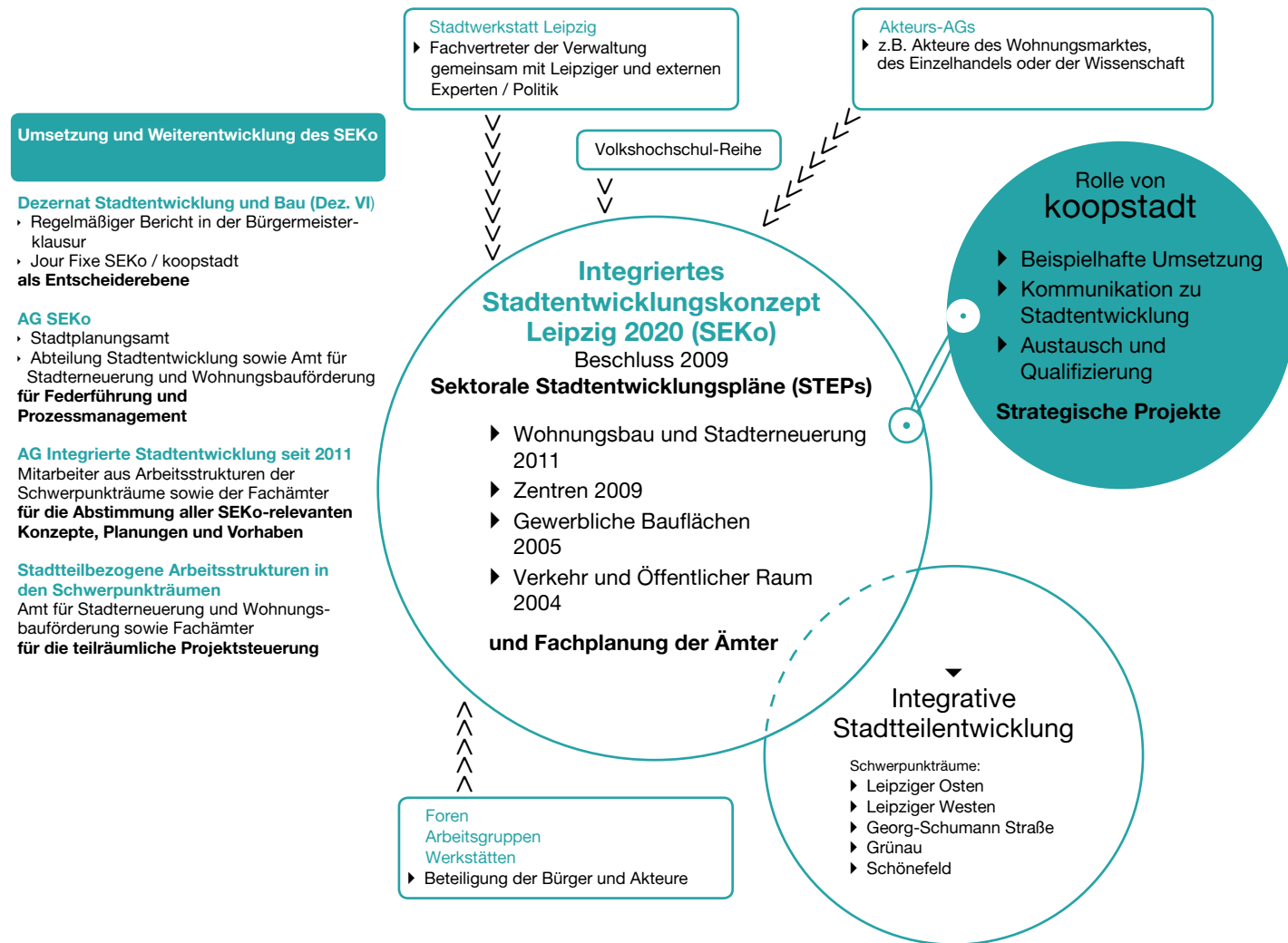
SCHAU PLATZ STADT LEIPZIG



Fingerzeig

koopstadt ist in Leipzig im Stadtplanungsamt/Abteilung Stadtentwicklung im Dezernat Stadtentwicklung und Bau (Dezernat VI) angesiedelt. Dort laufen die Fäden zur Fortschreibung und Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Leipzig 2020 zusammen und werden gleichzeitig die konkreten Projekte von koopstadt koordiniert.

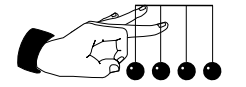
>>> Leipzig hat seit Mitte der 1990er Jahre eine strategische Stadtentwicklungsplanung aufgebaut. Durch sektorale Stadtentwicklungspläne, so genannte STEPs, werden seither kommunale Handlungsprioritäten formuliert und ihre Umsetzung begleitet. Darauf aufbauend und die räumlichen und soziodemographischen Rahmenbedingungen berücksichtigend, wurde seit 2007 in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen der für Stadtentwicklung relevanten Fachbereiche (u. a. Wirtschaft, Soziales, Bildung, Kultur, Umwelt) das »Integrierte Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020 (SEKo)« erarbeitet. Mit dem 2009 vom Stadtrat beschlossenen SEKo wurden Ziele für die Entwicklung der Gesamtstadt festgelegt, räumliche Handlungsschwerpunkte definiert und eine Umsetzungsstrategie zur Stadtentwicklung formuliert. Parallel dazu wurden die Voraussetzungen für eine laufende Raumbewachung (Monitoring) geschaffen, die Arbeitsstrukturen verstetigt und die Aussagen für ausgewählte Schwerpunkträume geschärft. Die Leipziger AG »Integrierte Stadtentwicklung« funktioniert dabei ganz ähnlich wie das »forum Stadtentwicklung« in Nürnberg und ist dezernatsübergreifend besetzt. Über das Gemeinschaftsvorhaben koopstadt fließen Erkenntnisse aus den Projekten in die STEPs bzw. das SEKo, darüber hinaus hilft es den Akteuren strategischer Projekte, sich zu vernetzen und zu qualifizieren. Anhand der integrierten koopstadt-Projekte können die Ziele des SEKo veranschaulicht werden. koopstadt dient somit dazu, Impulse zu geben für den Umsetzungsprozess des SEKo Leipzig 2020.



>>> In Nürnberg wurde ab 2006 begonnen, mit einer strategischen Stadtentwicklungsplanung ein neues integriertes Instrumentarium aufzubauen, nachdem vorher sektorale Entwicklungsstrategien im Vordergrund gestanden hatten. koopstadt fungiert dabei als Zugpferd und Dachmarke. Als koordinierende Ebene dient das »forum Stadtentwicklung«, das integriert und interdisziplinär arbeitet. Es setzt sich aus den verschiedenen Ressorts der Stadtverwaltung (Wirtschaft, Bau, Soziales, Kultur, Umwelt, Finanzen, Schule) und den Leitern der verschiedenen Gebietsteams zusammen. Hier werden strategische und ressortübergreifende Fragestellungen und Projekte diskutiert und justiert. Aufgabe ist es, Impulse zu geben und Stadtentwicklung gemeinsam zu steuern.

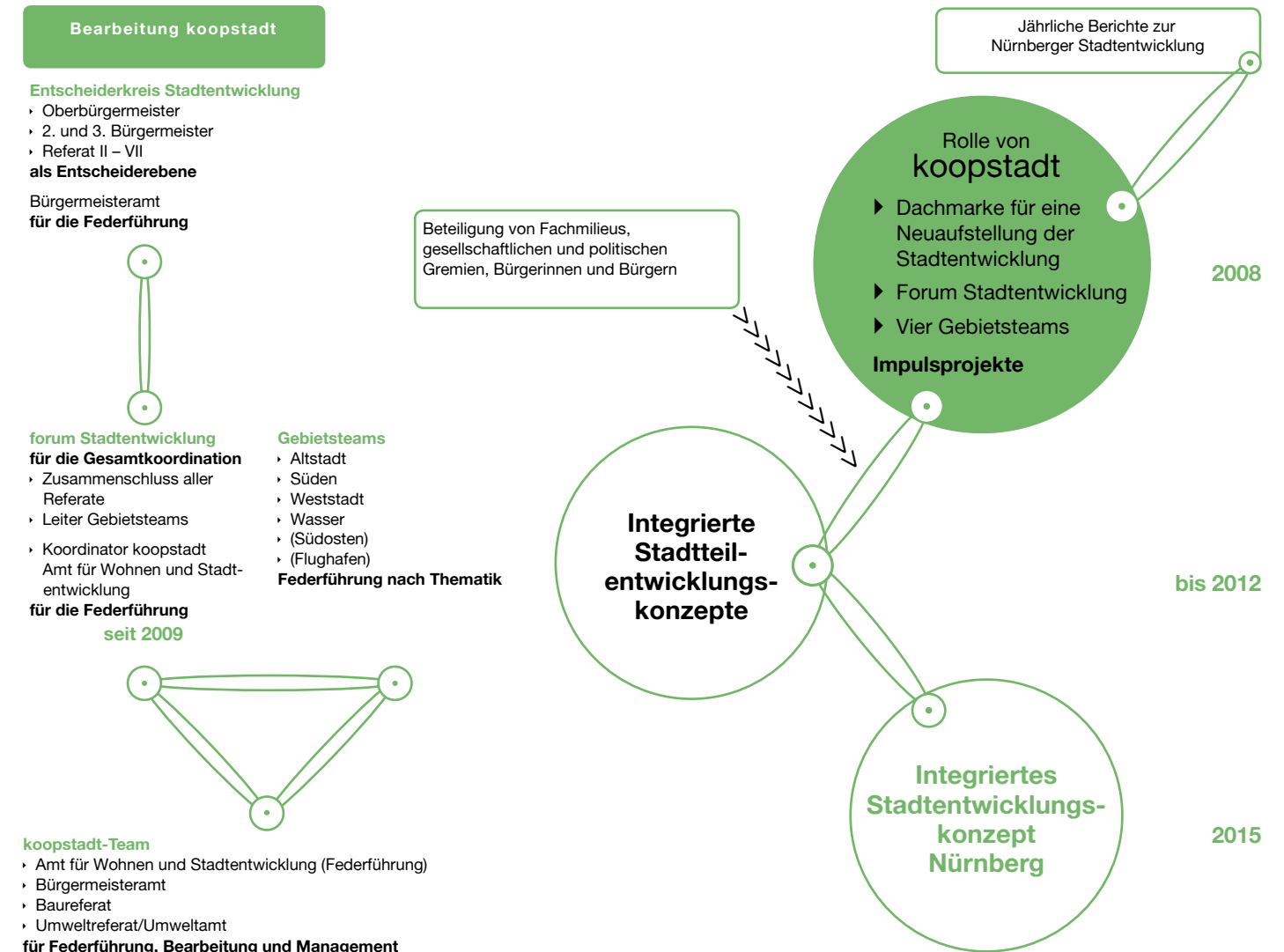
Im Rahmen des koopstadt-Prozesses wurden sechs Stadtbereiche mit hohem Entwicklungsbedarf identifiziert. Für vier Bereiche wurden bisher Gebietsteams aufgestellt. Diese erarbeiten bis 2012 für die Altstadt Nürnberg, die Weststadt und den Nürnberger Süden jeweils Integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte sowie für das Thema Nürnberg am Wasser ein gesamtstädtisch orientiertes Konzept. Je nach Themenschwerpunkt liegt die Federführung bei den unterschiedlichen Ressorts der Stadtverwaltung, aktiv begleitet von koopstadt. Die Fachbereiche arbeiten integriert zusammen und binden externe Akteure, Fachleute und Hochschulen ein. Für diese Arbeitsweise hat koopstadt die entscheidenden Impulse gegeben. Im Anschluss soll bis 2015 auf dieser Grundlage ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept Nürnberg erarbeitet werden.

SCHAU PLATZ STADT NÜRNBERG



Anstoß

Das koopstadt-Team ist beim Wirtschaftsreferat/Amt für Wohnen und Stadtentwicklung/Abteilung Stadtentwicklung und Stadterneuerung angesiedelt. Zugleich sind hier Partner aus dem Bau- und Umweltreferat sowie dem Bürgermeisteramt vertreten. Es besteht ein direkter struktureller und personeller Zusammenhang zum »forum Stadtentwicklung« und zu den vier Gebietsteams, die derzeit Integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte erarbeiten.



KOOP KÖPFE

>>> In der koopstadt-Gruppe wirken die Vertreter aller drei Städte zusammen. Sie haben das Vorhaben gemeinsam konfiguriert und entwickeln es im Rahmen von Workshops und in zahlreichen Abstimmungen. Zugleich koordinieren die Städteteams den Arbeits- und Kommunikationsprozess mit den Akteuren der Projektfamilien vor Ort. Die koopstadt-Gruppe wird dabei vom Büro für urbane Projekte begleitet, das die Prozessmoderation übernommen hat und der koopstadt-Gruppe mit Rat und Tat zur Seite steht.

Das koopstadt-Team Bremen beim für Stadtentwicklung zuständigen Senator vereinigt einen fachressortübergreifenden Ansatz mit der strategischen Stadtentwicklungsplanung und koordiniert die Neupositionierung der Stadt- und Regionalentwicklung in Bremen insgesamt. Das integrierte Leitbild der Stadtentwicklung bildet hierfür das Fundament.

In Leipzig ist das Team in der Abteilung Stadtentwicklung beim Stadtplanungsamt verankert und bringt die Erfahrungen aus der Arbeit am ressortübergreifenden integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2020 mit.

In Nürnberg sind im Team unter Federführung des Wirtschaftsreferats zugleich Vertreter aus dem Bau- und dem Umweltreferat vertreten, und es gibt eine enge Verknüpfung zu den verschiedenen Gebietsteams, die aktuell den Nürnberger Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung tragen.

Insgesamt fokussieren sich in der koopstadt-Gruppe die unterschiedlichen Verwaltungspraktiken, Kommunikationskulturen und Mentalitäten der Städtepartner wie in einem Brennglas. Kontraste und Diskurse gehören genauso zum Arbeitsprozess wie gegenseitige Anregungen, Ermutigungen und die Verständigung auf gemeinsame Positionen. ir

— Bremen

> Ralph Baumheier, 49, Dr., studierte Verwaltungs- und Politikwissenschaft und ist Leiter der Stabsstelle Regionale und ressortübergreifende Kooperation sowie des Referats Raumordnung, Stadtentwicklung und Flächennutzungsplanung beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

> Detlef Schobeß, 61, hat Regional- und Stadtentwicklungsplanung studiert und ist Referent für gesamstädtische Entwicklungsplanung im Referat Raumordnung, Stadtentwicklung und Flächennutzungsplanung beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

> Arne Sünemann, 39, Dr., ist studierter Geograf und Referent im Referat Raumordnung, Stadtentwicklung und Flächennutzungsplanung beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

— Leipzig

> Stefan Heinig, 41, hat Geografie studiert. Sein Wirkungskreis ist die Leipziger Stadtentwicklung, seit 2007 ist er dort Abteilungsleiter.

> Christina Kahl, 38, hat Stadtplanung studiert. Als Projektbearbeiterin ist sie seit 2002 in der Leipziger Stadtentwicklung tätig.

> Ruth Rabenberg, 51, studierte Stadtplanung. Seit 1995 arbeitet sie als Projektbearbeiterin im Stadtplanungsamt, aktuell schwerpunktmäßig für koopstadt.

— Nürnberg

> Hans-Joachim Schlößl, 58, hat Architektur mit dem Schwerpunkt Städtebau studiert und ist seit 1993 Leiter des Amtes für Wohnen und Stadtentwicklung im Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg.

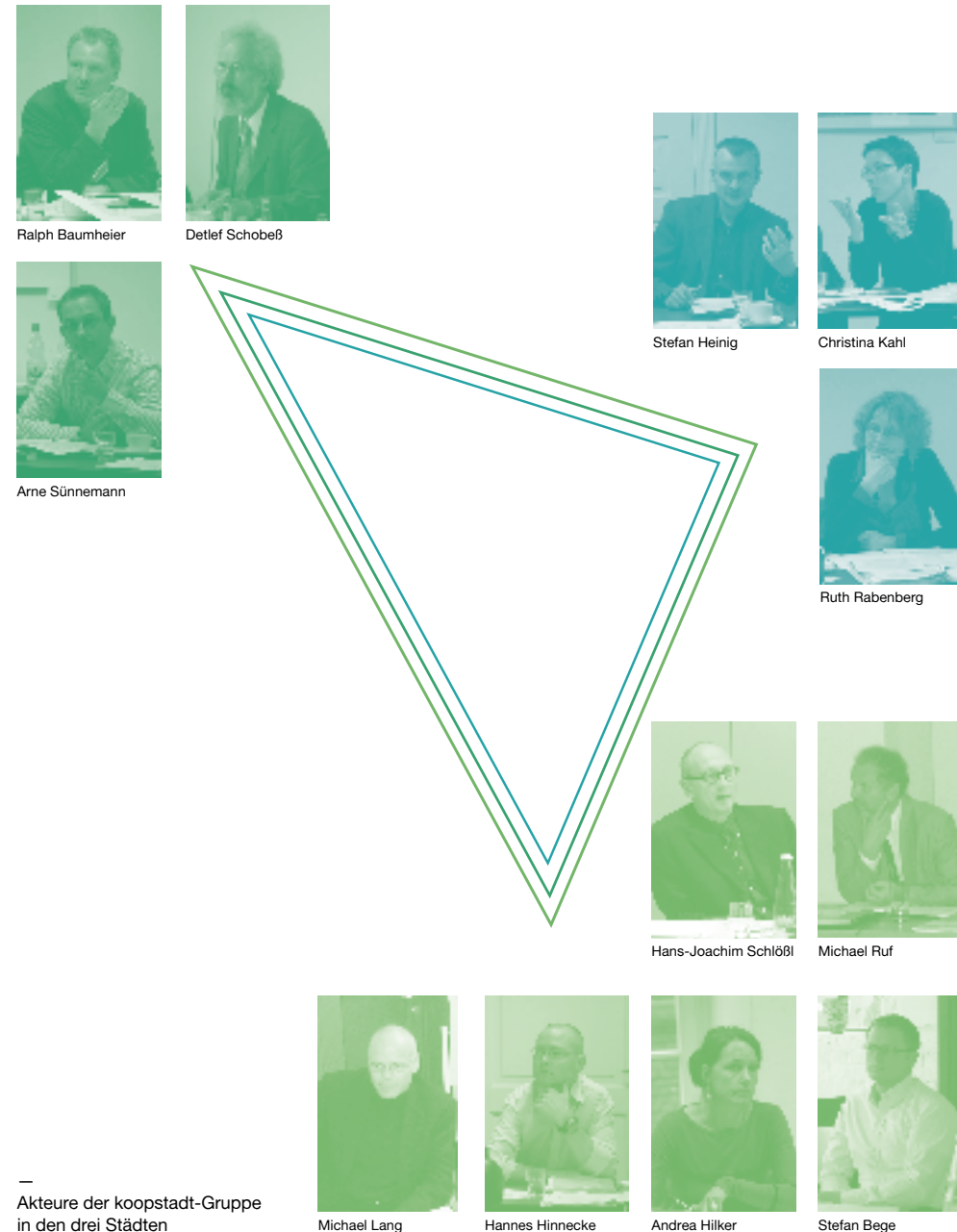
> Michael Ruf, 50, ist studierter Geograf und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Nürnberger Oberbürgermeister.

> Michael Lang, 48, hat Architektur und Stadtplanung studiert. Er arbeitet im Amt für Wohnen und Stadtentwicklung als Teamleiter im Bereich Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

> Hannes Hinnecke, 47, studierte Raum- und Umweltplanung. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bau- und Planungsreferenten der Stadt Nürnberg.

> Andrea Hilker, 50, hat Biologie studiert. Sie arbeitet seit 1996 im Umweltamt der Stadt Nürnberg und leitet seit 2007 die Abteilung Umweltplanung mit den Sachgebieten »Umweltverträgliche Stadtentwicklung« und »Landschaftsplanung«.

> Stefan Bege, 32, Dr., hat Verwaltungsrecht und Volkswirtschaft studiert und in Volkswirtschaftslehre promoviert. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Wohnen und Stadtentwicklung der Stadt Nürnberg.



—
Akteure der koopstadt-Gruppe
in den drei Städten

